

1
2
3
4



5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

Wahlprogramm der FREIEN WÄHLER

**Landesvereinigung Bremen zur Bürgerschaftswahl in
Bremen am 26. Mai 2019**

FREIE WÄHLER Landesvereinigung Bremen

22	Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl im Land Bremen am 26. Mai 2019
23	EINLEITUNG
24	DEMOKRATIE UND WILLENSBILDUNG
25	Transparenz
26	Öffentlichkeit politischer Gremiensitzungen
27	Einschränkung der „Gutachteritis“
28	Einstellungen im öffentlichen Dienst allein aufgrund fachlicher Eignung
29	Wirksame Frauenförderung
30	Senkung der Hürden für Volksentscheide in Bremen
31	Wiederherstellung des vollen Petitionsrechts
32	Kritische, ergebnisoffene Überprüfung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter
33	STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR
34	BoFF – Konzept Bauen ohne Flächenfraß
35	Stadtentwicklung im Herzen Bremens
36	Menschenfreundliches Innenstadtkonzept entwickeln
37	Das „Viertel“ als Opfer der Spassgesellschaft
38	Entwicklungsgebiet Hulsberg-Quartier
39	Anwohnerfreundliche Umnutzung der ehemaligen Bundesbankfiliale in der
40	Kohlhökerstraße
41	Stadtentwicklung im Bremer Osten
42	Keine Bebauung der Osterholzer Feldmark
43	Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße
44	Erhalt des Rennbahn-Geländes als Grün- und Erholungsfläche
45	Keine Ausweitung der Gewerbeflächen in der Arberger Marsch
46	Maßvolle Bebauung des Mühlenfeldes in Oberneuland
47	Erhalt des Uni-Bades
48	Verkehrsentlastungskonzept im Bremer Nordosten
49	Erhalt schützenswerter Bausubstanz
50	Stadtentwicklung im Bremer Westen
51	Nachhaltige Stadterneuerung

- 52 Schutz der Waller Feldmark
- 53 Stadtentwicklung im Bremer Norden
- 54 Stadtentwicklung im Bremer Süden
- 55 A281 und Bundesstraße 6 neu: Nachhaltige Lösungen statt Trassenwahn
- 56 Erhalt der 136 Platanen / Stadtstrecke als Filter retten
- 57 Keine Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 in Huchting und Erhalt der Buslinien
- 58 Umnutzungskonzept ehemalige Brinkmann-Hallen
- 59 Verkehrsentlastungskonzept B75 und Ausbau der sozialen Infrastruktur im GVZ
- 60 **GESUNDE LEBENSGRUNDLAGEN, UMWELT UND NATURSCHUTZ**
- 61 Schutz unserer Lebensgrundlagen
- 62 Neues Trinkwasserkonzept für Bremen
- 63 Tierwohl und gesunde Ernährung
- 64 Mindestgrenzwerte für Luftreinhaltung einhalten
- 65 Lärm-Bekämpfung nach dem Bremer Lärm-Kataster
- 66 Ausbau Elektromobilität und alternativer, umweltfreundlicher Antriebsformen
- 67 Verbot von „Fracking“
- 68 **GESUNDHEIT UND SOZIALES**
- 69 Übergreifendes, nachhaltiges Krankenhauskonzept für Bremen und Bremerhaven
- 70 Faire Löhne für gute Arbeit
- 71 Angemessene Ausbildungsvergütung
- 72 Landesweite bedarfsgerechte Ärzteversorgung
- 73 Deutliche Verstärkung des Präventions- und Vorsorgeangebotes
- 74 Verbindliche Einhaltung von Schuleingangsuntersuchungen
- 75 **BILDUNG UND ERZIEHUNG**
- 76 Schulsanierungsprogramm
- 77 Gerechte Bildungschancen
- 78 Frühkindliche Bildung
- 79 Kostenfreie Kindergärten
- 80 Angemessen finanziertes Bildungssystem
- 81 Deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben

- 82 Überprüfung der Schulstruktur mit dem Ziel eines längeren gemeinsamen Lernens
- 83 Lernen braucht Zeit, Rückkehr zu G 9
- 84 Stadtteilbezogener Mittel-Einsatz, Brennpunkt-Schulen besonders fördern
- 85 Lückenbüßertum von Schulvereinen und „Stadtteil-Schule“ beenden
- 86 Inklusion
- 87 Verantwortungsvolle Ausbildung des pädagogischen Nachwuchses
- 88 Wiedereinführung der Studiengänge Sportwissenschaft und Behindertenpädagogik an der
89 Universität Bremen
- 90 Lobbyarbeit an Bremer Bildungseinrichtungen zurückdrängen
- 91 Verantwortungsvolle Medienkompetenz
- 92 Enge Kooperationen zwischen Schulen und externen pädagogischen Partnern
- 93 Ausbau des Ganztagschulangebotes
- 94 Stärkung des Schulsports und des Schwimmunterrichts
- 95 Wertschätzung und Ausbau musisch-künstlerischer Fertigkeiten
- 96 Überarbeitung und Aktualisierung sämtlicher Lehrpläne
- 97 Klare Werteorientierung in Schule und Ausbildung
- 98 Konsequentes Vorgehen gegen Schulschwänzer
- 99 Erwachsenenbildung
- 100 **KUNST UND KULTUR**
- 101 Kunst und Kultur sind frei
- 102 Umfassende Reform der Förderpolitik
- 103 Klare, langfristig angelegte Kulturstrategie
- 104 Reform des öffentlichen Rundfunks
- 105 Print-Medien und Büchervielfalt stärken
- 106 Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft
- 107 Rücksichtnahme und Toleranz
- 108 **ARBEIT UND WIRTSCHAFT**
- 109 Guter und gleicher Lohn für gute Arbeit
- 110 Entwicklung eines übergeordneten Rahmenplanes für die Wirtschaftsentwicklung
- 111 Stärkung des lokalen Einzelhandels und regionaler Handwerksbetriebe

- 112 Verpflichtende Betriebspraktika und wirtschaftliche Grundlagenbildung
- 113 Sachgerechte Vergabeentscheidungen der öffentlichen Hand
- 114 Tourismusstandort stärken
- 115 Gewerbegebiete nachhaltig und übergreifend fortentwickeln
- 116 „Cluster-Strategie“ und „Wirtschaftsförderung“ überarbeiten und neu ausrichten
- 117 Wissenschaftsstandort weiterentwickeln
- 118 Existenzgründungsförderung reformieren
- 119 Umfassender Bürokratieabbau und schlanke Genehmigungsverfahren
- 120 Überprüfung der Subventionen für Qualifizierungsgesellschaften
- 121 Spielhallen und Wettbüros beschränken
- 122 **SICHERHEIT UND RECHTSSTAAT**
- 123 Reform der Polizeireform
- 124 Konsequente Bekämpfung rechtsfreier Räume
- 125 Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols
- 126 Ausreichende und sachgerechte Ausstattung von Gerichten und Staatsanwaltschaften
- 127 Stärkung des Verfassungsschutzes
- 128 Überprüfung der Präventionspolitik
- 129 **FLÜCHTLINGE UND MIGRATION**
- 130 **HAUSHALT UND FINANZEN**
- 131

132

EINLEITUNG

133 **Unsere Vorstellungen einer verantwortungsvollen und sachbezogenen Politik**
 134 **für die Bremer Bürgerinnen und Bürger”**
 135

136 Am 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens eine neue
 137 Zusammensetzung ihrer Parlamente. In Bremen den neuen Landtag, die Stadtbürgerschaft
 138 und die Stadtteilparlamente (Beiräte), in Bremerhaven die Stadtverordnetenversammlung.
 139

140 **Wir über uns**
 141

142 Unsere Partei, die Landesvereinigung FREIE WÄHLER Bremen ist in Bremen noch jung, wir
 143 haben sie 2018 gegründet. Die FREIEN WÄHLER Bremen sehen sich als
 144 Sammlungsbewegung für das Bürgerinteresse. Denn Interessen, die das Allgemeinwohl
 145 betreffen und auf verschiedenen Feldern von Bürgerinnen und Bürgern vorgetragen werden,
 146 kommen im politischen Bremen heutzutage nicht mehr ausreichend zum Zuge. Den
 147 Hintergrund bildet die Bundesvereinigung der FREIEN WÄHLER, die aus einer
 148 kommunalpolitischen Bewegung aus den Städten und Kommunen in Flächenländern
 149 entstanden ist. Tausende von Stadträten und Bürgermeistern haben sich im Jahr 2009
 150 aufgemacht, eine einheitliche Partei zu schaffen, um eine neue Politik zu gestalten, in deren
 151 Mittelpunkt wieder der Mensch und Bürger einer Kommune steht.
 152

153 **Bremens Probleme**
 154

155 Bremen eilt als Stadtstaat und Bundesland ein nicht vorteilhafter Ruf voraus. Der schon
 156 legendäre „Bremer Filz“ zwischen Akteuren aus Politik und Wirtschaft hat sich hier über
 157 Jahrzehnte verfestigt. In der Bildung ist Bremen weit abgehängt unter den Bundesländern und
 158 bekommt bei Erhebungen zur Schulqualität regelmäßig als letztes die rote Laterne überreicht.
 159 Kein Wunder, ist die Bildung hier doch seit Jahren unterfinanziert. Während etwa Hamburg
 160 9.300 € für eine Grundschülerin bzw. einen Grundschüler pro Jahr ausgibt, sind es in Bremen
 161 nur 6.400 €. Aber auch in allen anderen Bereichen wie Soziales, Stadtentwicklung, Sicherheit,
 162 Gesundheit usw. ist Bremen kaputtgespart worden. Die Polizei schiebt hier beispielsweise
 163 einen Berg von 330.000 Überstunden vor sich her. Oder Gesundheit: Hier ist vor kurzem das
 164 Volksbegehren „Pflegetnotstand“ angelaufen, das ein Bündnis von Gewerkschaftern,
 165 Pflegekräften und Ärzten (!) ins Leben gerufen hat, da das derzeitige Pflege-Personal nicht
 166 ausreicht und man im roten Bereich arbeite. Beispiel Verkehrs-Infrastruktur: Seit Neuestem
 167 sind marode Brücken auf einmal ein Problem (Stephani-Brücke über die Weser, A27-Brücke
 168 über die Lesum) und es wird klar: Bremen hat für deren Erneuerungen nicht genügend Geld
 169 zur Seite gelegt – oder gar keines?
 170

171 Wo der Bremer Staat seinen Aufgaben nicht mehr nachkommt, übernehmen mitunter
 172 Investoren dessen Aufgaben. Im Bereich Stadtentwicklung ist dies besonders deutlich zu
 173 spüren. Wo eigentlich eine fachgerechte und verantwortungsvolle Planung stattfinden müsste,
 174 die öffentliche Interessen miteinbezieht und sich am Bürger-Nutzen und dem Allgemeinwohl
 175 orientiert, findet solch eine Planung in der kaputtgesparten Stadtplanungs-Behörde mangels
 176 Personal nicht mehr statt. Stattdessen kann man einen einseitigen Ausverkauf von städtischen
 177 Flächen und den Interessen der Stadtgesellschaft beobachten: Die Bremer Politik verkauft
 178 Grün-Flächen an Investoren und überlässt so einen staatlichen Bereich Privaten und deren
 179 vorrangigen Rendite-Interessen. Die Leidtragenden sind die Bremer Bürger, deren Grün- und
 180 Erholungsflächen mit schicken, teuren Premium-Häusern und Premium-
 181 Eigentumswohnungen bebaut werden (Werdersee, Knoop's Park) und für die in der Regel kein
 182 bezahlbarer Wohnraum dabei entsteht. Auch in diesem Bereich sind verschiedene
 183 Volksbegehren angelaufen, etwa für den Erhalt des Rennbahn-Geländes, den Erhalt Bremer
 184 Grünflächen und den Erhalt von 136 Platanen an der Weser.

185

186 **Bürger und Bürgerinitiativen mischen sich ein – werden aber nicht mehr gehört**

187 In Bremen gibt es eine lange Tradition des Bürgersinns und des gesellschaftlichen
 188 Engagements. Bürger und Bürgerinitiativen haben hier ihre Interessen für das Allgemeinwohl
 189 immer wieder gegenüber der derzeitigen Politik eingebracht und sich eingemischt, wo sie dies
 190 für nötig hielten. 1865 etwa versammelten sich wohlhabende Bürger in einer der ersten
 191 Bürgerinitiativen, dem „Comité zur Bewaldung der Bürgerweide“. Diese Bürger hatten das Ziel,
 192 eine vorher ländlich bewirtschaftete, stadtnahe Fläche in einen Park umzunutzen, um diese
 193 dann langfristig für die Bürger der Stadt als Grün- und Erholungsfläche zu erhalten. Der
 194 damalige Senat wollte dem Projekt aber keine Geldmittel zur Verfügung stellen. Das „Comité“,
 195 aus dem später der Bürgerpark-Verein hervorging, hat sein Ziel aber auch ohne politische
 196 Unterstützung erreicht und so entstand der heutige Bürgerpark. Dieser bedeutende
 197 Erholungsort in der Stadt ist letztendlich also auf das weitsichtige, verantwortungsvolle und
 198 uneigennützig Handelnde wohlhabender, engagierter Bürger zurückzuführen, die tiefe
 199 Zuneigung mit ihrer Stadt verband und die unabhängig vom Senat tätig wurden.

200 Diese Verbundenheit mit ihrer Stadt Bremen hatten auch die Bürger, die sich in den 60er
 201 Jahren gegen den geplanten Abriss des Schnoor-Viertels erfolgreich zur Wehr setzten. Das in
 202 dieser Zeit geplante gigantomane Mozart-Trassen-Konzept, das den Abriss des beliebten
 203 Ostertor-Viertel vorsah, konnte dann 1973 ebenfalls zu Fall gebracht werden.

204 Solcher Erfolg war engagierten Bürgern und Bürgerinitiativen in der Folge aber nicht immer
 205 vergönnt. Gerade in den letzten 10 Jahren ist zu beobachten, dass die rot-grüne Koalition auf
 206 die vorgetragenen Interessen von engagierten Bürgern und Bürgerinitiativen überhaupt nicht
 207 mehr eingeht, auch dann nicht, wenn sie mit guten Argumenten vortragen und Tausende von
 208 Protest-Unterschriften vorlegen können. Die gegen massive Bürgerproteste durchgesetzten
 209 Bauvorhaben am Werdersee, am Knoop's Park, auf dem Bahnhofplatz oder am Vegesacker
 210 Hafen, wo ein Einkaufszentrum gegen Proteste von Geschäftsleuten und Bürgern errichtet
 211 wurde – mittlerweile ist es insolvent und wird wieder zurückgebaut – sind gute Beispiele dafür,
 212 dass Bremer Politiker den Kontakt zu den Interessen und Bedürfnissen der Bürger offenbar
 213 verloren haben und an einer Kompromiss- oder Konsens-Politik mit ihnen kein Interesse mehr
 214 zu haben scheinen. Das geht mitunter so weit, dass Politiker aus Bürgerschaft und Senat den
 215 sachlich vorgetragenen und wirtschaftlich gut begründeten Argumenten von Bürgern in
 216 konfrontativer Weise begegnen und ihnen kein Gehör schenken. Gut sichtbar wurde dies etwa
 217 an der Reaktion der Politik auf das derzeitige Engagement der Bürgerinitiative „Pro Uni-Bad“
 218 in Bremen-Horn, die sich im Gegensatz zu den derzeitigen Planungen für eine
 219 kostengünstigere und für die Bürger nützlichere Sanierung des Uni-Bades und des Horner
 220 Bades einsetzt. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen werden diese Vorschläge von der rot-
 221 grünen Koalition ignoriert, man hört den Bürgern nicht zu. Manchmal kommt es sogar noch
 222 dicker: Nämlich dann, wenn Politiker den Bürgerinitiativen vorwerfen, sie würden nur
 223 „Partikular-Interessen“ und keine Allgemeinwohl-Interessen vertreten. Das ist ein Vorwurf, der
 224 in dieser Pauschalität gänzlich unzutreffend ist, aber sehr gut beschreibt, wie das Verhältnis
 225 von Politikern und Bürgern in Bremen zurzeit beschaffen ist. Von Politikern wie Hans
 226 Koschnick erfahren die Bürgerinitiativen in Bremen einst Wertschätzung. Er würde sich wohl
 227 im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, wie weit sich die derzeitige Politik in Bremen von den
 228 Bürgerinteressen entfernt hat.

229 Trotz dieser in Bremen vielerorts anzutreffenden und vorhandenen Bereitschaft, sich politisch
 230 einzubringen, liegt die aktuelle Wahlbeteiligung in Bremen bei kaum über 50%, was in
 231 gewisser Weise einen Widerspruch zu der Bereitschaft vieler Bremer darstellt, sich politisch
 232 einzubringen. Ist es also ein „Die machen ja doch, was sie wollen da oben!“, das sich aufgrund
 233 dessen breitmacht, dass Politiker in Bremen den Interessen der Bürger kein Gehör mehr
 234 schenken? Folgt dann eine Bereitschaft, den Wahlzettel als Denkmittel umzugestalten und
 235 aus bloßem Protest bei einer der populistischen Parteien sein Kreuz zu machen? Als FREIE
 236 WÄHLER stehen wir für eine Politik, bei der Politiker und Bürger wieder miteinander reden und
 237 den Bürgerinnen und Bürgern ernsthaft zugehört wird, wenn sie ihre Interessen gut begründet
 238 vortragen.

239

240

241 **Wie die Politik zurzeit in Bremen mit Problemen und Kritikern umgeht**

242 Zurzeit trifft man in der Bremer Politik eine Vorgehensweise, Probleme zu „lösen“ an, die die
 243 Bremer Journalistin Silke Hellwig vor kurzem wie folgt beschrieb (Weser Kurier vom
 244 13.11.2018):

245 „Wie wendet man schlechte Bilanzen in Nullkommanichts zum Besseren? Durch einen
 246 Bypass, eine Art Umweg, indem man Voraussetzungen ändert: Wenn zu viele Schüler in der
 247 Mittelstufe auf der Strecke bleiben, schafft man das Sitzenbleiben ab. Wenn die
 248 Wahlbeteiligung zu niedrig ist, erweitert man den Kreis der Wahlberechtigten [Geplant ist
 249 aktuell, dass 14-Jährige wählen!]“.

250 Kritiker treffen in Bremen wie oben beschrieben heute bei der Politik oft auf taube Ohren.
 251 Hinter vorgehaltener Hand hört man von Politikern oft über kritische Stimmen: „Mit dem/der
 252 reden wir gar nicht“. Wird Kritik öffentlich geäußert, kommt dies auch nicht gut an. Die Firma
 253 OHB beklagte sich vor einiger Zeit, sie bekomme keine Mitarbeiter mehr nach Bremen. Es
 254 gebe zwar Interessenten für die Firma, die würden aber abgeschreckt sein von den
 255 Verhältnissen in den Bremer Schulen. Bremens amtierender Bürgermeister Sieling reagierte
 256 nur damit, dass er verlauten ließ, OHB hätte doch direkt mit ihm Kontakt aufnehmen mögen,
 257 nicht über die Presse, das hätte ihn verärgert. Und so igelt man sich hier im Rathaus weiter
 258 ein, und wehrt sich, wenn irgendjemand das herrliche Bremen schlechtreden will. Oft regieren
 259 falscher Stolz, taube Ohren und Ideologie statt gemeinsamer Problemlösung, bei der jeder
 260 mitreden darf, der vernünftig vorträgt. Die Bremer Politik ist viel mit sich selbst beschäftigt. Sie
 261 hat sich eine Blase geschaffen und oft entsteht für die Bürger das Gefühl: Man dringt hier nicht
 262 mehr durch.

263 **Finanzen**

264 Gehörte Bremen einst zu den Geberländern beim Länderfinanzausgleich, so etablierte sich
 265 seine Rolle als eines der Haupt-Nehmer-Länder später immer stärker. Weil aber auch diese
 266 Gelder nicht ausreichten, um den Bremer Staat zu finanzieren (Warum genau?), ist Bremen
 267 heute eine der bekanntesten Kommunen Deutschlands, deren Bürger an der Dauerkrankheit
 268 „Unterfinanzierung“ leiden, dazu hat sich hier ein Schuldenberg von 22 Milliarden Euro
 269 aufgetürmt.

270 Positionen gegenüber dem Bund und Verhandlungen mit ihm über Finanzzuweisungen
 271 spielen für Bremen eine wichtige Rolle. Aktuell ist in Bremen eine politisch umstrittene
 272 „Schuldenbremse“ wirksam, die vorrangig eingehalten werden muss. Diese Schuldenbremse
 273 verkauft die rot-grüne Koalition mit ihrer amtierenden grünen Finanzsenatorin den Bürgern als
 274 „alternativlos“. Dazu berieseln Vertreter dieser Koalition (nicht nur diese) die Bürger
 275 unaufhörlich damit, man lebe ja nun mal in einem „Haushaltsnotlageland“. Doch notwendige
 276 Investitionen, die sonst klassischerweise über Kredite finanziert werden, können durch die
 277 Schuldenbremse nun nicht mehr auf diese Weise vorgenommen werden. Zwar erspart man
 278 den nächsten Generationen so eine Zinslast, hinterlässt ihnen aber ein Staatsgebilde mit
 279 unterfinanzierten Einrichtungen und maroden Infrastrukturen. Wir FREIE WÄHLER möchten
 280 auch keine neuen Schulden aufnehmen. Gleichwohl kann es Erfordernisse geben, in denen
 281 eine Investition in die Zukunft kreditfinanziert sinnvoll sein kann.

282 **Unsere Politik: Probleme genau benennen und gemeinsam an Lösungen arbeiten**

283 Hier nun setzt die Politik der FREIEN WÄHLER Bremen an. Wir wollen uns zunächst einmal
 284 dafür einsetzen, dass Probleme in Bremen auch als solche erkannt und genau benannt
 285 werden müssen, um auf seriöser Grundlage gemeinsam über Lösungen nachzudenken.
 286 Schönfärberei und Augenwischerei, wie oben beschrieben, werden nicht zur Genesung
 287 unseres Stadtstaates beitragen. Auch nicht ideologisches Denken und
 288 Wolkenkuckucksheime. Stattdessen müssen alle Probleme schonungslos auf den Tisch.
 289 Denn: „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“, wie es Ingeborg Bachmann einmal sagte.
 290 Dass die Bevölkerung von den verfahrenen Situationen in Politik und Gesellschaft nichts
 291 wissen wolle, wie es man es hinter vorgehaltener Hand von einigen Politikern mitunter hört,

292 daran glauben wir nicht. Der Bürger muss bereits hier, wenn es um die Beschreibung der
 293 Problemlagen geht, von Politikern ernst genommen und eingebunden werden. Zum Einen,
 294 damit Politiker noch genauer erfahren, wo die Bürger der Schuh drückt und die Politiker frische
 295 Anregungen von den Bürgern bekommen. Zum anderen, damit Politiker dem Bürger
 296 Schwierigkeiten in der Umsetzung von Lösungen erläutern können. Politiker müssen im Zuge
 297 dieser gegenseitigen Annäherung zur Förderung des Allgemeinwohls viel mehr mit den
 298 Bürgern reden, ihnen gut zuhören und sie viel ernster nehmen, als es jetzt der Fall ist.

299 Sodann fordern wir einen Überblick über den Investitions- und Sanierungsbedarf, der laut
 300 jüngsten Äußerungen des Landesrechnungshofes bis heute nicht vorliegt. Also: Erst einmal
 301 müssen alle konkreten, aussagekräftigen Zahlen auf den Tisch, die das ganze Ausmaß der
 302 Misere genau erfassen und beschreiben. Diese Zahlen müssen unter demokratischer
 303 Kontrolle eines Kontroll-Rates aus Bürgern und Parlamentariern so aufbereitet werden, dass
 304 den Bürgern der Stadt die Finanz-Situation Bremens transparent und verständlich gemacht
 305 wird. Bei jedem Finanzierungsmodell, für das man sich dann entscheidet, muss darauf
 306 geachtet werden, dass eine ausreichende demokratische Kontrolle stattfindet (vgl. in Berlin
 307 angedachte öffentlich-öffentliche Partnerschaften bei Schulsanierungen zur Umgehung der
 308 Schuldenbremse).

309 Wir setzen uns als FREIE WÄHLER BREMEN angesichts des dramatischen
 310 Scherbenhaufens, den die Politik den Bremern hier hinterlassen hat, dafür ein, dass die
 311 Parteien in der Bürgerschaft nun über ihren Tellerrand der Profilierung von Partei und
 312 Personen hinausschauen. Im Interesse der Bremer Bürger beabsichtigen wir, mit den anderen
 313 demokratischen Parteien an guten Lösungen zu arbeiten, sodass im Interesse der Bremer
 314 Bürger, die Politik es schafft, Bremen aus der aktuellen Krise hinauszumanövrieren. Dieser
 315 Diskurs sollte ohne Vorfestlegungen, ergebnisoffen und ohne Ideologie und Dogmen geführt
 316 werden und eine langfristige Perspektive in den Blick nehmen.

317 **Die Interessen der Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen und eine neue** 318 **politische Kultur etablieren**

319 Die Interessen der Menschen in unserem Bundesland müssen wieder im Mittelpunkt der Politik
 320 stehen. Es gibt dringende Probleme im Wohnungsbau, im Bildungswesen, beim Thema
 321 Sicherheit, der Verkehrsinfrastruktur, der Stadtentwicklung und in der Art und Weise, wie
 322 Politiker mit vorgetragenen Bürgerinteressen umgehen.

323 Wir FREIE WÄHLER fordern eine bauliche, soziale und wirtschaftliche Stadtentwicklung, die
 324 sich an den Interessen der Bürger orientiert.

325 Dazu brauchen wir eine ganz neue Politik in Bremen, eine neue Politik *in* der Politik, wie es
 326 der Bremer Politikwissenschaftler Andres Klee vor kurzem sagte. Eine Politik, die die Bürger
 327 und die jeweilige Sache ernst nimmt, und alle, die nützliche Überlegungen und Ideen dazu
 328 äußern, in Debatten miteinbezieht. Also weg von der Frage „WER sagt das?“ und hin zu der
 329 Frage „WAS wird gesagt?“.

330 Denn gegenwärtig verhält sich Politik oft so wie in der derzeitigen Stadtentwicklung: Kommt
 331 ein Unternehmer mit seiner Finanzstärke, also mit „Speck an den Rippen“ und der Bereitschaft
 332 zu investieren daher, so wird er geradezu hörig von der Politik behandelt. Es herrscht nach
 333 wie vor in der Politik die falsche Wahrnehmung vor, dieser Unternehmer würde a)
 334 entsprechende Fachkenntnisse mitbringen, die dann b) den Bremer Bürgern auch nützen
 335 werden. Aber das ist oft nicht der Fall, wie verschiedene Beispiele aufzeigen. Wem nützen die
 336 Angebote in den sterilen Klötzen des „City-Gates“ vor dem historischen Bahnhofsgebäude, die
 337 sich allesamt in der näheren Umgebung finden? Nicht den Bremer Bürgern, denen nun die
 338 Sicht auf ihr einzigartiges und denkmalgeschütztes Bahnhofs-Gebäude verbaut wurde. Und
 339 wem nützt es, wenn künftig 136 Platanen am Weserufer gefällt werden sollen, um neben der
 340 Schlachte ein zweites Gastronomie-Angebot an der Weser zu etablieren? Nicht den Bremer
 341 Bürgern und ihren berechtigten Interessen an sauberer Luft und der Beibehaltung einer
 342 ortsbildprägenden Baumlandschaft in der Stadt. Für uns FREIE WÄHLER steht daher die
 343 Sache, nicht die Person, die vorträgt, im Vordergrund.

344 Das vor Jahren in Bürgerschaft und Senat gegebene Versprechen, die Bürger stärker und
 345 verbindlich in Entscheidungsprozesse einzubinden (seit 2012), wurde von der rot-grünen
 346 Koalition und Regierung nicht eingelöst, eher wurden Anstrengungen verschleppt und
 347 hintertrieben, siehe weiteres dazu im Kapitel 1 dieses Programms.

348 Wir treten als FREIE WÄHLER Bremen dafür ein, eine verbindliche Bürgermitwirkung nun
 349 endlich festzuschreiben. Wir wollen den Bürgern so die Gelegenheit geben und sie motivieren,
 350 ihre Interessen und Sichtweisen von Anfang an bei politischen Themen und Prozessen
 351 einzubringen und zwar viel mehr auf Augenhöhe, als es jetzt oft der Fall ist. Solche Konzepte
 352 für eine verbindliche Bürgermitwirkung gibt es bereits, sie werden in verschiedenen
 353 Modellstädten Deutschlands bereits angewandt. Allein, es muss der Wille dazu jetzt endlich
 354 her!

355

356 **Frische Ideen für Bremen und Bremerhaven**

357 Aus den genannten Gründen werden wir mit den hier formulierten Zielen zur nächsten
 358 Bürgerschaftswahl im Mai 2019 im Rahmen der FREIEN WÄHLER Bremen antreten. Bitte
 359 unterstützen Sie uns mit Ihrem Engagement und Ihrer Stimme auf dem Wahlzettel. Land und
 360 Leute brauchen in Bremen wieder eine konkrete Hoffnung, wie es mit diesem Bundesland
 361 bergauf gehen kann.

362

363 Lassen Sie uns dazu gemeinsam daraufhin arbeiten, dass sich nicht die Ideen durchsetzen,
 364 die nur am lautesten oder oft genug oder am schöngefärbtesten zum Ausdruck gebracht
 365 werden. Sondern die klügsten, die der Mehrzahl der Bremer Bürgerinnen und Bürger dienen.

366

367 Auf den folgenden Seiten finden Sie frische und neue Ideen für unser Land in den einzelnen
 368 politischen Themenfeldern. Wir freuen uns auf einen Austausch mit Ihnen über unsere
 369 Vorschläge zur Umsetzung der Interessen der Menschen in Bremen und Bremerhaven.

370

371 In vielen Bereichen haben wir eine sehr klare Haltung. Wir wollen darauf achtgeben, dass die
 372 soziale Kluft in unserer Gesellschaft sich nicht weiter vergrößert. Dazu wollen wir Stadtteile
 373 mit besonderen Problemlagen und die dort wohnenden Menschen stärker in den Blick
 374 nehmen. Wir wollen ein ausreichend finanziertes Bildungssystem, welches unseren Kindern
 375 und Jugendlichen den bestmöglichen Abschluss ermöglicht und sie fördert und fordert. An den
 376 Gymnasien wollen wir eine Rückkehr zum Abitur nach 9 Jahren. Bei der Inklusion treten wir
 377 für eine Überprüfung der derzeitigen Umsetzung ein, auch einen Erhalt der Förderschulen
 378 halten wir hier für denkbar. In der Bildungs-, Integrations-, Kultur- und Verkehrspolitik treten
 379 wir dafür ein, dass nicht eine Gruppe gegen eine andere aus ideologischen Gründen
 380 ausgespielt und in Stellung gebracht wird, wie dies etwa die amtierende Koalition mit
 381 Radfahrern und Autofahrern macht. Es braucht vielmehr eine übergeordnete, langfristig
 382 angelegte Strategie für eine friedliche Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir wollen eine
 383 Nachverdichtung und Sanierung des Gebäudebestandes in den Blick nehmen und werden uns
 384 nachhaltig für den Erhalt der bremischen Bau- und Denkmal-Kultur einsetzen. Bei
 385 verschiedenen Bau-Projekten wie etwa dem Hulsberg-Quartier, der „Übersee-Insel“ oder dem
 386 sog. „Tabak“-Quartier fordern wir eine verbindliche, ergebnisoffene Bürgermitwirkung von
 387 Anfang an, Interessen von Investoren dürfen nicht alleine hier die Richtung vorgeben.
 388 Bebauungen des Rennbahn-Areals, der Osterholzer und der Waller Feldmark oder des
 389 Knoop Park lehnen wir ebenso ab, wie die unbegründete Fällung der Platanen am Neustädter
 390 Deich. Wir FREIE WÄHLER stehen für das BoFF-Konzept – Bauen ohne Flächenfraß, das ein
 391 weiteres Bauen im ausreichenden Maße ermöglicht ohne dafür die wertvollen Grün- und
 392 Erholungsflächen der Bremer Bürger in Anspruch zu nehmen.

393

394 Ob beim Dialog zwischen Politikern im Parlament oder wenn Bürger mit Politikern reden: Die
 395 FREIEN WÄHLER legen großen Wert auf eine wertschätzende Kommunikation, die dem
 396 anderen mit Respekt, Ehrlichkeit und Offenheit begegnet. Denn dem politischen Handeln
 397 muss ein verantwortungsvolles Denken, Sprechen und Miteinander reden vorausgehen.

398

399 Mit der zunehmenden Digitalisierung und Rationalisierung von Arbeit, dem Klimawandel, dem
400 zunehmenden Einfluss von Finanz-Magnaten und riesenhaften Tech-Unternehmen
401 gegenüber der Politik und einer Bedrohung von Demokratien durch autoritäre Populisten
402 stehen unsere Gesellschaften heute weltweit vor völlig neuen, großen Herausforderungen. Wo
403 wir in Bremen etwas zur Lösung dieser Probleme im Kleinen beitragen oder anstoßen können,
404 wollen wir dies tun. Dabei laden wir jeden ein, sich bei der konkreten Suche nach Problem-
405 Lösungen zu beteiligen. Für unsere Gesellschaft und die kommenden Generationen.

406
407 Die Zeit ist gekommen, für einen politischen Wechsel an der Weser.
408

409

410

411

412

413

414

415

416

417

418

419

420

421

422

423

424

425

426

427

428 **DEMOKRATIE UND WILLENSBILDUNG**

429 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025**

- 430 • **Vollständige Offenlegung politischer Gestaltungsprozesse**
- 431
- 432 • **Verbindliche Bürgermitwirkung und Einbeziehung von Anfang an**
- 433
- 434 • **Verhinderung parteipolitischer Einflussnahme**
- 435
- 436 • **Wirksame Frauenförderung**
- 437
- 438 • **Kritische, ergebnisoffene Überprüfung der Struktur der Stadtteilbeiräte und**
- 439 **Ortsämter**
- 440

441 Wir FREIE WÄHLER stehen für eine offene, transparente Politik mit gesundem
 442 Menschenverstand. Insbesondere eine der beiden aktuellen Regierungsparteien hat es in den
 443 vergangenen 70 Jahren geschafft, ihren Einfluss in großen Teilen des öffentlichen Dienstes
 444 sehr stark auszuweiten. Dies geschieht nicht zum Wohle von Bremen und Bremerhaven.
 445 Vielmehr dient es oftmals der Versorgung altgedienter Funktionäre oder der Absicherung
 446 junger, vermeintlich aufstrebender Nachwuchskräfte. Nebeneffekt ist eine Verhinderung eines
 447 konstruktiv-kritischen Dialogs im politischen Willensbildungsprozess, weil wirtschaftliche
 448 Abhängigkeiten bestehen.

449 Bremen rühmt sich seiner kurzen Wege. Bedauerlicherweise haben diese kurzen Wege nicht
 450 nur positive Wirkungen. Nicht immer dienen politische Entscheidungen dem Gemeinwohl
 451 unserer Bürger und unserer Städte. Vielmehr entsteht mitunter der Eindruck, dass
 452 Einzelinteressen einflussreicher Unternehmer durchgesetzt werden.

453 Wir FREIE WÄHLER unterstützen die Anliegen der Bürger unserer Stadt. Wir nehmen es nicht
 454 hin, dass aus nicht nachvollziehbaren Gründen Platanen gefällt, ein denkmalgeschütztes
 455 Schwimmbad abgerissen oder weitere Grün- und Erholungsflächen versiegelt werden sollen.
 456 In allen diesen Fällen gibt es sinnvolle, umsetzbare Alternativen. Im Sinne der Menschen, nicht
 457 irgendwelcher Investoreninteressen. Viele Entscheidungen der lokalen politischen Akteure
 458 werden, auch aufgrund der sog. „Verfilzung“ unseres Staatsapparates oder rein ideologischen
 459 Absichten, als bewusst gegen die Interessen der Bürger wahrgenommen. Unser Ziel ist eine
 460 echte Bürgermitwirkung von Anfang an und die Offenlegung der politischen
 461 Entscheidungsprozesse. Die Politik darf nichts zu verbergen haben und hat nichts zu
 462 verbergen. Vielmehr hat der Staat eine dienende Funktion für die Bürger.

463 **Transparenz**

464 Das Informationsfreiheitsgesetz ist umfassend einzuhalten. Werden aufgrund dieses
 465 Gesetzes Informationen angefragt, sind diese ohne Einschränkungen offenzulegen. Wir

466 begrüßen ausdrücklich sämtliche Bemühungen der Verwaltung für einen „gläsernen Staat“
467 unter Nutzung der Möglichkeiten der Informationstechnologie. Bremen hat hier bereits erste
468 wichtige Schritte unternommen, die gewürdigt und weiter vorangetrieben werden müssen.

469 **Öffentlichkeit politischer Gremiensitzungen**

470 Für die FREIEN WÄHLER gilt der Grundsatz der Öffentlichkeit politischer Sitzungen in
471 Bürgerschaft, Beiräten, Ausschüssen und Deputationen. Es ist nicht hinnehmbar, dass häufig
472 die wesentlichen Entscheidungen in Hinterzimmern (z.B. in nicht-öffentlichen
473 Ausschusssprechersitzungen oder in Email-Korrespondenz) und zwischen einzelnen
474 Beteiligten abgestimmt werden – unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

475 **Einschränkung der „Gutachteritis“**

476 Die politischen Entscheidungsträger delegieren zunehmend die genaue Analyse von
477 Sachverhalten an externe Gutachter. Damit wird Verantwortung verteilt und es werden hohe
478 Kosten verursacht. Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass in den
479 Verwaltungsprozessen klare Verantwortlichkeiten und Strukturen etabliert werden. Dort wo –
480 unter dem „Sparzwang“ und aufgrund falscher Prioritätensetzung – Fachpersonal abgebaut
481 wurde, ist der Sachverstand in den Behörden und Ämtern durch Neubesetzungen zu stärken.
482 Der Staat muss seine Aufgaben selbst sach- und fachgerecht erfüllen können, von der
483 Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge über den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur
484 bis hin zu Rahmenplanungen auf Augenhöhe mit Investoren und Unternehmern, siehe
485 Innenstadt-Konzept. Externer Rat muss wieder die gut begründete Ausnahme und nicht die
486 Regel sein.

487 **Einstellungen im öffentlichen Dienst allein aufgrund fachlicher Eignung**

488 Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass sämtliche Positionen im
489 öffentlichen Dienst einzig und ausschließlich an Bewerber vergeben werden, die aufgrund ihrer
490 fachlichen Eignung die Aufgabe sach- und fachgerecht ausführen können.

491 **Wirksame Frauenförderung**

492 Die FREIEN WÄHLER sind für die Stärkung des Landesgleichstellungsgesetzes durch
493 festgelegte Freistellungen der Frauenbeauftragten, Initiativrecht der Frauenbeauftragten
494 analog zum Bremischen Personal-Vertretungsgesetz und eine Stärkung des
495 Widerspruchsverfahrens, um rechtlich durch Klage die Verwirklichung der Gleichstellung von
496 Frauen und Männern herbeiführen zu können.

497 Um die gesellschaftliche und politische Verantwortung im Bereich der Chancengleichheit und
498 Gleichstellung zu erfüllen, sind die gesetzlichen Vorgaben zu beachten. Deren Nichterfüllung
499 muss Konsequenzen haben.

500 **Senkung der Hürden für Volksentscheide in Bremen**

501 Die Politik der vergangenen Jahre hat viele Bürger zur Gründung spezieller
502 Interessenvertretungsgruppen motiviert. Die FREIEN WÄHLER wollen wieder eine Politik im
503 Sinne der Bürger gestalten. Die organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung
504 eines Volksentscheids müssen auf eine machbare Form reduziert werden. Hinsichtlich der
505 Frist (bisher 90 Tage) und der Prozent-Marke (5 % der Wahlberechtigten) wollen wir die
506 Voraussetzungen ändern. Unser Ziel ist eine Verlängerung der Frist zur Gewinnung von Mit-
507 Unterzeichnern bei einem Volksbegehren auf 6 Monate und eine Absenkung der Prozent-
508 Marke auf 3 % der Wahlberechtigten. Bürgerinitiativen haben gezeigt, dass es eine gewisse
509 Zeit zur Überzeugungsarbeit benötigt und wichtige Anliegen auch stadtteilübergreifend
510 unterstützt werden.

511 **Wiederherstellung des vollen Petitionsrechts**

512 Im Jahr 2016 haben die Regierungsfractionen das Petitionsgesetz auch gegen massiven
513 Experten-Widerstand dahingehend geändert, dass Petitionen zu Vorhaben, die der Senat
514 bspw. als Bau-Vorhaben definiert, nicht mehr im Petitionsausschuss der Bremischen
515 Bürgerschaft, sondern in der Bau-Deputation beraten und durch den Fachsenator kommentiert
516 werden. Die FREIEN WÄHLER setzen sich für eine Rück-Überführung in die parlamentarische
517 Befassung ein.

518 **Kritische, ergebnisoffene Überprüfung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter**

519 In Bremen gibt es aktuell 22 Beiräte mit diversen Unterausschüssen sowie 17 Ortsämter mit
520 überwiegend hauptamtlichen Ortsamtsleitungen. Wir FREIE WÄHLER sind der Auffassung,
521 dass die bisherige Struktur einer kritischen, ergebnisoffenen Analyse unterzogen werden
522 sollte. Zielsetzung sind schlankere Strukturen, kürzere und schnellere Verfahren bei der
523 Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowie eine effizientere, moderne und bürgernahe
524 Verwaltung. Gerade die Besetzungspraxis der gut dotierten Ortsamtsleitungen, aber auch die
525 (ehrenamtlichen) Beiratsmitglieder werden insbesondere durch die Regierungsparteien zum
526 Machterhalt genutzt und erschweren eine stadtteilübergreifende Planung in der
527 Stadtentwicklung.

528

529

530 **STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR**531 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 532 • **BoFF - Bauen ohne Flächenfraß**
533
- 534
- 535 • **Erhalt von Grünflächen und Verteidigung des „Kaisen-Hübotter-Konzeptes“**
536
- 537 • **Schluss mit dem „Bremer Verfahren“ bei Bauprojekten**
538
- 539 • **Bauliche, soziale und wirtschaftliche Stadtentwicklung unter besonderer**
540 **Berücksichtigung und Mitwirkung der Menschen in den Quartieren in**
541 **Bremen und Bremerhaven**
542
- 543 • **Übergreifendes, ideologiefreies Verkehrskonzept**
544

545 Wir FREIE WÄHLER wollen in Bremen bauen und den Wohnungsmangel beheben. Allerdings
546 wollen wir nicht die letzten Bremer Grünflächen oder gar Parks hierfür nutzen. Allein unser
547 Konzept **BoFF - Bauen ohne Flächenfraß** entspricht einem Potential von mehr als 100.000
548 Wohneinheiten, während die aktuellen Regierungsparteien mit ihren Planungen zum weiteren
549 Flächenfraß – oftmals ausdrücklich gegen die Interessen der unmittelbaren Anwohner –
550 mühsam vierzehntausend Wohneinheiten neu errichten wollen. Die begründeten Interessen
551 von Anwohnern in unterschiedlichen Stadtteilen werden mitunter aus wahltaktischen Gründen
552 und parteipolitischer Prägung gegeneinander ausgespielt. Wir FREIE WÄHLER fordern die
553 Einrichtung eines mit unabhängigen Fachleuten besetzten Gestaltungsbeirat, wie er in vielen
554 Städten bereits eingerichtet wurde, der die übergeordnete Stadtentwicklung gemeinsam mit
555 der Senatsbaudirektion und Baubehörde konstruktiv und sachverständig begleitet.

556 Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der damalige Bürgermeister Wilhelm Kaisen in der einstigen
557 Kaufmannstadt Industrieansiedlung vorangetrieben. Er behielt dabei aber – anders als es bei
558 seinen heutigen Nachfolgern in der Senatsverantwortung scheint – auch die Gesundheit der
559 bremischen Bevölkerung im Blick. Also beauftragte er den Hannoveraner
560 Landschaftsprofessor Wilhelm Hübotter, für Bremen ein wirkungsvolles Grünkonzept zu
561 erstellen. Der Plan sah für Bremen vor, entlang der Weser beidseitig Grünflächen zu erhalten
562 bzw. neu anzulegen. Für die dicht besiedelten älteren Stadtteile sah dieser Plan
563 unverzichtbare Querlüftungen vor. Der Huckelrieder Friedhof mit dessen Vorratsfläche oder
564 die 1949 errichtete Platanenstrecke entlang der Weser sind derartige Maßnahmen gewesen.
565 Als in Seehausen in den 1980er Jahren ein Kohlekraftwerk gebaut werden sollte, ist dies mit
566 dem ausdrücklichen Hinweis auf das „Hübotter-Konzept“ verworfen worden. Erst als die
567 aktuelle Regierung aus Rot-Grün zum Zuge kam, spielte die Gesundheit der Bevölkerung
568 offenkundig nicht mehr die Rolle wie ehemals.

569 Das „Bremer Verfahren“ ist bundesweit als rechtswidrige Machenschaft bekannt geworden.
570 Zunächst erwarben Investoren über notarielle Angebote heimlich grüne Grundstücke. Danach
571 wurden der Flächennutzungs- und der entsprechende Bebauungsplan mittels vertrauter
572 Politiker passend „legalisiert“ und eine Bebaubarkeit ermöglicht. Diese Bremensie ist erstmalig
573 durch den „Bremer Baulandskandal“ von 1968 aufgefliegen.

574 Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Stadt- und Quartiersentwicklung in einem
575 offenen, transparenten Verfahren umgesetzt wird und sich solche Vorgänge wie das „Bremer
576 Verfahren“ nicht wiederholen.

577 Es ist an der Zeit, dass Bremen und Bremerhaven im Rahmen eines übergeordneten
578 Stadtentwicklungsplanes zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Hierbei sind die Interessen
579 und die Gesundheit der Bürger unserer Stadt besonders zu würdigen. Geplante
580 Umnutzungskonzepte ehemaliger Industrie-Areale wie bspw. das ehemalige Bremer-
581 Wollkämmerei-Gelände oder das Vulkan-Areal, die ehemalige Coca-Cola-/ Könecke-Fabrik-
582 Fläche, die ehemaligen Brinkmann-Hallen in Woltmershausen oder das „Überseeinsel-
583 Projekt“ auf dem ehemaligen Kelloggs-Gelände können im engen Austausch mit den
584 Anrainern und Anwohnern erhebliche Potentiale bieten. Statt die Flächenplanungen
585 konsequent voranzutreiben, werden gegen die Interessen der Bürger „Nägel mit Köpfen“ bei
586 der Rennbahn-Bebauung gemacht und Unsummen an Entschädigungen an den Golfplatz-
587 Betreiber gezahlt.

588 Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass sinnvolle, nachhaltige
589 Stadtentwicklungsprojekte zeitnah, strukturiert und unter enger Mitwirkung der Bürger von
590 Anfang an vorangetrieben werden. Weitere Flächenversiegelungen und Grünflächenverluste
591 lehnen wir ebenso nachdrücklich ab.

592 In der Verkehrspolitik stehen wir FREIE WÄHLER für eine ideologiefreie Schwerpunktsetzung
593 im vernünftigen Interessenausgleich der verschiedenen Verkehrsträger. Die
594 Verkehrsinfrastruktur muss bedarfsgerecht und im Sinne einer Verkehrsgerechtigkeit
595 weiterentwickelt werden. Hierzu gehört auch die dringend erforderliche Sanierung von
596 Brückenbauwerken, aber auch der Fuß- und Radwege in den Stadtquartieren. Mit intelligenten
597 Ampelschaltungen, übergreifenden, modernen und vernetzten Mobilitätskonzepten und
598 insbesondere einer Stärkung des ÖPNV sollte die Verkehrswende pragmatisch und
599 konsequent fort- und umgesetzt werden.

600 **BoFF- Bauen ohne Flächenfraß**

601 Für die gesamte bremische Stadtentwicklung und die Linderung des akuten
602 Wohnraummangels setzen wir uns für das Konzept **BoFF – Bauen ohne Flächenfraß** ein.

603 **BoFF – Bauen ohne Flächenfraß** heißt:

- 604 • Unbebaute, gleichwohl erschlossene Flächen nachverdichten
- 605
- 606 • Ausgewiesene Baulücken angemessen bebauen
- 607
- 608 • Substanzverbessernde Aufzungsmaßnahmen durchführen
- 609
- 610 • Überbauung von Infrastrukturflächen
- 611
- 612 • Sinnvolle Bestandsumnutzung
- 613
- 614 • Angemessene Wohnflächenanpassung
- 615
- 616 • Nutzung von Wohnungsleerständen
- 617

618 Hierzu im Einzelnen:

619 **STADTENTWICKLUNG**

620 **im Herzen Bremens**

621 **Menschenfreundliches Innenstadtkonzept entwickeln**

622 Die Bremer Innenstadt benötigt eine umfassende konzeptionelle Überarbeitung sowie eine
 623 klare politische Führung und Bürgermitwirkung, wohin die weitere Entwicklung führen soll. Es
 624 kann nicht sein, dass allein Investoren aufgrund ihrer Finanzkraft wesentliche Entscheidungen
 625 treffen, die unabgestimmt durchgesetzt werden. Die Innenstadt ist anhand der Bedürfnisse der
 626 Menschen in unserer Stadt und als historisches Zentrum zu bewahren.

- 627 • Berücksichtigung und Stärkung des inhabergeführten Einzelhandels
- 628
- 629 • Behutsame Flächenentwicklung unter Berücksichtigung des sowieso schon
 630 sehr hohen Filialisierungsgrades in der Innenstadt
- 631
- 632 • Schaffung einer menschengerechten Infrastruktur mit ausreichend
 633 Grünöasen, Sitzgelegenheiten, Ruhezonen, Sanitäreinrichtungen und
 634 höchstmöglicher, generationengerechter Barrierefreiheit
- 635
- 636 • Erhalt und kostenlose Nutzung ausreichender Parkmöglichkeiten für
 637 Schwerbehinderte und ältere, auf den PKW angewiesene Bürger
- 638
- 639 • Entwicklung eines innerstädtischen Verkehrskonzeptes und einer
 640 langfristigen Steigerung der Aufenthaltsqualität
- 641
- 642 • Stärkung des Kultur- und Gastronomieangebotes in der Innenstadt
- 643
- 644 • Sanierung von Büro-, Gewerbe- und Wohnflächenangeboten in der
 645 erweiterten Innenstadt insbesondere in der Bahnhofsvorstadt

- 646
- 647 • Konkrete Umsetzung der Planungen für den innerstädtischen Bus-Bahnhof
- 648 mit einer angemessenen sozialen Infrastruktur
- 649
- 650 • Konstruktive Begleitung der grundsätzlich begrüßenswerten Initiativen
- 651 verschiedener Bremer Investoren im Rahmen einer städtischen
- 652 Gesamtplanung und durch geeignetes Fachpersonal
- 653
- 654 • Aktive Ansiedlungs- und Förderpolitik für höherwertigen Facheinzelhandel
- 655 in der Innenstadt statt immer mehr Billigläden
- 656
- 657 • Erbringung öffentlicher Dienstleistungen im Ver- und Entsorgungswesen
- 658 sowie des Zulieferverkehrs in Geschäfts-Randzeiten und klare Regeln für die
- 659 Bereitstellung von Mülltonnen, Gehwegreinigung etc.
- 660
- 661 • Einheitliches Vermarktungskonzept für die Innenstadt in Zusammenarbeit
- 662 mit den Unternehmen, der Handelskammer und der City-Initiative
- 663
- 664 • Pflege, Erhalt und Weiterentwicklung der Infrastruktur in der Innenstadt
- 665 (Beleuchtungskonzept, Rundlaufentwicklung, Verhinderung sog. Angst-
- 666 Räume etc.)
- 667
- 668 • Prüfung von Wiederaufbaumöglichkeiten historischer Bausubstanz (z.B.
- 669 Ansgarii-Kirche)
- 670
- 671 • Weiterentwicklung des Stephani-Quartier und der Innenstadtanbindung der
- 672 Neustadt, des Ostertor-Viertel, der Bahnhofsvorstadt und der weiter
- 673 angrenzenden Stadtquartiere
- 674
- 675 • Einheitliches, kostengünstiges ÖPNV-Innenstadt-Ticket
- 676

677 **Das „Viertel“ als Opfer der Spassgesellschaft**

678
679 Das Ostertor- und das Steintorviertel sind nach einer auf Wachstum orientierten Planung aus
680 dem Dritten Reich drei konkreten Angriffswellen ausgesetzt gewesen:

- 681 • dem gigantomanen Mozart-Trassen-Konzept der 60er Jahre
- 682
- 683 • der amtlichen Drogenpolitik der 1990er Jahre
- 684
- 685 • mit dem Bebauungsplan 2283 im Jahre 2005 der Aufhebung der
- 686 Konzessions-Sperre
- 687

688 Die ersten beiden Angriffe der Stadtregierung auf das Viertel konnten nach erbitterten
689 Kämpfen der betroffenen Bevölkerung abgewehrt werden, im dritten Kampf sind wir mittendrin.
690 Dabei handelt es sich um eine uferlose Ausweitung von Kneipen und billigsten Kiosken (65 an
691 der Zahl). Die eigenen politischen Regeln dafür, propagiert als „Hochwertige Gastronomie“,
692 werden dabei nicht im Geringsten eingehalten. Ein unglaublicher Dreck, nächtlicher Lärm,
693 Zwangsprostitution in Verbindung mit Menschenhandel, Drogen- und Geldwäsche,
694 Kriminalität, schließlich Totschlag.

695 Dabei handelt es sich leider auch hier wieder um eine bremische Negativ-Spezialität: In
696 München, dem Erfindungsort der beliebten Biergärten, ist um 22 Uhr Schluss, durchgesetzt
697 von der Stadtverwaltung. In Bremen dagegen wird keine Schließungszeit kontrolliert, falls
698 überhaupt vorgeschrieben. Die Inbesitznahme öffentlichen Raumes wird weder räumlich noch
699 zeitlich noch finanziell kontrolliert, geschweige denn bezahlt. Das chaotische, rechtswidrige
700 Parken wird toleriert, die unzumutbaren Nachteile für ältere Menschen, Mütter mit
701 Kinderwagen werden in Kauf genommen.

702 Der gegen solche Missstände jetzt vor der Wahl angekündigte „Ordnungsdienst“ ist wie die
703 Polizeieinsätze am Ziegenmarkt erwartungsgemäß nicht betriebssynchron mit den
704 Geschäftszeiten und entsprechend wirkungslos. Eine wirkungsvolle Kontrolle könnte bei
705 politischem Willen kostendeckend betrieben werden.

706 Eine zusätzlich das Viertel ruinierende Entwicklung ist die gewinnträchtige Untervermietung
707 von Privat-Wohnungen vermittelt durch internationale Tech-Konzerne. Der städtischen
708 Gesellschaft entgehen dadurch beträchtliche Steuereinnahmen und die angeblich steigende
709 Wohnraumnachfrage wird nicht zuletzt dadurch verursacht.

710 **Entwicklungsgebiet Hulsberg-Quartier**

711 Durch den im Bau befindlichen Ersatzneubau des Klinikum-Mitte werden ca. 14 Hektar des
712 Krankenhausgeländes für die Klinik nicht mehr benötigt. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für
713 eine eng abgestimmte Gesamtplanung des Areals unter besonderer Berücksichtigung der
714 Belange einer mittel- und langfristigen Ausbaureserve für weitere klinik-medizinische Bedarfe,
715 der Anwohner, der erhaltenswürdigen Bausubstanz zur sinnvollen Umnutzung und einer
716 ausgewogenen sozialen Infrastruktur ein.

717 **Anwohnerfreundliche Umnutzung** 718 **der ehemaligen Bundesbank-Zentrale in der Kohlhöckerstraße**

719 Das wuchtige Gebäude der ehemaligen Landeszentralbank wurde Anfang der 70er Jahre
720 mitten in die klassische, denkmalgeschützte Bremer Bauweise in die Kohlhöckerstraße
721 geschlagen, städtebaulich ein barbarischer Akt. Der bauliche Aufwand war riesig, weil unter
722 anderem ein atomsicherer Bunker unter dem Gebäude verlangt wurde.

723 Das Gebäude steht seit Jahrzehnten leer und muss aktuell aufwendig bewacht werden. Der
724 Bausenator will nunmehr einen Abriss des Gebäudes genehmigen, um dort einem Investor die
725 Errichtung eines Wohnturmes zu ermöglichen.

726 Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine deutlich kostengünstigere, aber möglicherweise nicht
727 so renditeträchtige Umnutzung des Bestandsgebäudes in Wohnraum bzw. eine Neubebauung
728 ein, die sich in angemessener Weise in die Nachbarschaft einfügt.

729

STADTENTWICKLUNG

730

im Bremer Osten

731

Keine Bebauung der Osterholzer Feldmark

733 Wir FREIE WÄHLER lehnen eine Bebauung der Osterholzer Feldmark ab und wollen diese
734 als Grünfläche und einmalige Kulturlandschaft erhalten. Unter der Osterholzer Feldmark
735 befindet sich das letzte große Trinkwasser-Reservoir auf Bremens Stadtgebiet.

**736 Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße, Anschlussverbindung zur
737 Bundesautobahn A 27**

738 Zur verkehrlichen Entlastung der Stadtteile Osterholz und Vahr setzen wir uns für eine
739 (ursprünglich auch geplante) Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße um wenige
740 Hundertmeter bis zur BAB-Anschlussstelle Vahr ein.

741 Erhalt des Rennbahn-Geländes als Grün- und Naherholungsfläche

742 Wir FREIE WÄHLER unterstützen das Volksbegehren zum Erhalt der Rennbahn-Fläche als
743 Grün- und Naherholungsgebiet vollständig. Die Regierungsparteien haben sich mit ihren
744 Planungen und Umsetzungsschritten „vergaloppiert“, erhebliche Steuergelder verschwendet
745 und einen über hundert Jahre alten Kulturbetrieb der „Bremer Rennbahn“ und
746 Anziehungspunkt zerstört. Die Bebauung dieser Grünfläche in unmittelbarer Nähe zur bereits
747 dicht besiedelten Neuen Vahr mit einer „Premium-Bebauung“ lehnen wir ab.

748 Den Erwerb des Areals hat der Bremer Mäzen Franz Schütte (der auch den zweiten Domturm
749 finanziert hat) der Stadt für die Errichtung einer Rennbahn testamentarisch zum Wohle
750 Bremens gestiftet. Im Jahr 1980 wurde bei der Ansiedelung des Automobilwerks in
751 Sebaldsbrück dieses Gebiet ausdrücklich als Kompensationsfläche für die Zerstörung eines
752 Parzellengebietes ausgewiesen.

753

754

755 Keine Ausweitung der Gewerbeflächen in der Arberger Marsch

756 Eine weitere Ausweitung der Gewerbeflächen und eine weitere Versiegelung von Kulturböden
757 in der Arberger Marsch lehnen wir ab.

758 Maßvolle Bebauung des Mühlenfeldes in Oberneuland

759 Das Baudenkmal der Mühle in Oberneuland muss erhalten werden und die Bebauung der
760 ausgewiesenen Baulandflächen – soweit überhaupt erforderlich - angemessen, maßvoll und
761 in sinnvoller Ergänzung der Stadtteilstruktur beplant werden. Insbesondere sind eine
762 angemessene soziale und verkehrliche Infrastruktur sowie großzügige Einblicke auf die Mühle
763 sicherzustellen.

764 **Erhalt des Uni-Bades**

765 Wir FREIE WÄHLER unterstützen vehement die Initiative Pro Unibad und wehren uns gegen
766 die Pläne, das einzige wettkampftaugliche und denkmalgeschützte Schwimmbad in der
767 Metropolregion Nordwest aufzugeben und abzureißen. Die bereits in der Umsetzung
768 befindlichen (Fehl-) Planungen zur „Verstümmelung“ des beliebten Horner Freibades sind aus
769 unserer Sicht unwirtschaftlich und nicht im Interesse der Bürger.

770 Wichtigster Grund für die Aufgabe des Unibades im Rahmen des 2014 beschlossenen
771 Bäderkonzeptes waren die angeblich zu hohen Sanierungskosten. Dieses Argument hat sich
772 inzwischen in das Gegenteil verkehrt. Schon nach heutigen Plänen überschreiten die Kosten
773 des Neubaus mit 25,4 Mio. Euro deutlich die vom Senat veranschlagten Sanierungskosten
774 vom Unibad (14,5 Mio. Euro) und Horner Bad (3 Mio. Euro). Dabei sind die Zusatzkosten z.B.
775 für die Umgestaltung der Verkehrsinfrastruktur am Horner Bad und den Abriss des Unibades
776 noch gar nicht bedacht. Auch die Betriebskosten für den Neubau werden ausgehend von den
777 vom Sportamt inzwischen dargelegten Zahlen voraussichtlich um ca. 30% ansteigen.

778 **Verkehrsentlastungskonzept im Bremer Nordosten**

779 Täglich nutzen tausende von Pendlern die Ausfallstraße parallel zur Linie 4 von Horn über
780 Borgfeld in das Umland. Einspurige Fahrbahnverengungen und mangelnde Alternativrouten
781 führen zu einem täglichen Verkehrsstau auf der Strecke sowie zu einer unerträglichen
782 Belastung an Lärm und Abgasen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für die ideologiefreie
783 Entwicklung eines tragfähigen Verkehrsentlastungskonzeptes auf der Achse Lehrer -,
784 Lilienthaler und Borgfelder Heerstraße und der Umlandgemeinden ein. Darüber hinaus
785 müssen weitere „Park & Ride“-Flächen für eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Angebots
786 geschaffen werden.

787 **Erhalt schützenswerter Bausubstanz**

788 Aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung und der bevorzugten Lage in der Nähe des
789 Bürgerparks steht der Stadtteil Schwachhausen unter einem besonderen Veränderungsdruck.
790 Jede Baulücke und jedes nicht denkmalgeschützte Haus steht bei Investoren zur Disposition,
791 um dort Neubauten in „Luxus“-bauweise - allzuoft ohne ästhetischen Anspruch - zu weichen.

792 Stadtbildprägende Gebäude wie das Medienhaus an der Schwachhauser Heerstraße oder die
793 Kaufmannsvilla der Bremischen Volksbank an der Kurfürstenallee sollen – mangels
794 Denkmalschutz und entsprechender Erhaltungssatzungen – Eigentums-Wohnanlagen
795 weichen. Wie bereits beim Concordia-Theater und diversen weiteren Villen an der
796 Schwachhauser Heerstraße oder der Parkallee sehen die Beiräte und Ortopolitiker keine
797 Handhabe historische, erhaltenswürdige Häuser zu schützen. Wir FREIE WÄHLER setzen
798 uns hier nachdrücklich für eine Änderung des Planungs- und Genehmigungsrechts ein, um
799 diesem Treiben Einhalt zu gebieten.

800 **STADTENTWICKLUNG**

801 im Bremer Westen

802 **Nachhaltige Stadterneuerung**

803 Die innenstadtnahen Stadtgebiete im Bremer Westen wie Walle mit der prosperierenden, am
804 Verkehr erstickenden Überseestadt oder Findorff erfreuen sich zunehmender Beliebtheit bei
805 jungen Menschen und erleben im Altbaubestand eine zunehmende Gentrifizierung und
806 erhebliche Preissteigerungen. Gröpelingen und Oslebshausen sind aufgrund geringer Mieten
807 und einer multikulturellen Einwohnerstruktur mit entsprechenden Einkaufsmöglichkeiten
808 Anziehungspunkt für weitere Zugewanderte.

809 Gerade im Bremer Westen muss für eine gelingende Integrations- und
810 Stadtentwicklungspolitik ein übergreifendes, nachhaltiges Stadterneuerungskonzept auf der
811 Basis des vorliegenden „Integrierten Entwicklungskonzeptes“ für Gröpelingen entwickelt
812 werden. Wir FREIE WÄHLER fordern, die mit reichlich EU-Fördermitteln entwickelten
813 Gestaltungs- und Entwicklungskonzepte nunmehr konsequent und zeitnah umzusetzen.
814 Insbesondere Vermüllungstendenzen und mangelnder Integrationsbereitschaft muss hier
815 wirksam entgegen gewirkt werden. Insbesondere in den Kindergärten und Schulen müssen
816 besondere Anstrengungen und wohl durchdachte Maßnahmen zu einer deutlichen Steigerung
817 des Bildungsniveau unternommen werden. Eine weit unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung
818 in manchen Regionen macht deutlich, dass viele Menschen sich in diesen Stadtteilen von der
819 Politik nicht gehört fühlen und resigniert haben. Hier muss endlich gegengesteuert werden.
820 Die Stadtentwicklungspolitik kann mit der Unterstützung auch finanzieller Förderung für eine
821 Aufwertung der Bausubstanz, die Neuausweisung von Wohngebieten mit
822 Einfamilienhausbebauung (z.B. in Oslebshausen) und einer klaren Wertevermittlung einen
823 maßgeblichen Beitrag leisten.

824 Für die Überseestadt muss kurzfristig ein umfassendes Verkehrskonzept entwickelt werden
825 und die bislang völlig unzureichende soziale und Nahversorgungsinfrastruktur aufgebaut

826 werden. Die Planungen eines Schulbaus und einer Kindertagesstätte auf der sog.
827 „Überseeinsel“ unterstützen wir FREIE WÄHLER ausdrücklich.

828 **Schutz der Waller Feldmark**

829 Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen Schutz der Waller Feldmark und eine sinnvolle
830 Weiterentwicklung der „Kaisen-Häuser“ und der dortigen Kleingartengebiete ein.
831 Insbesondere lehnen wir es entschieden ab, dort eine Ausgleichsfläche für die Lagerung von
832 Hochofen-Schlacke des Bremer Stahlwerkes in dessen angrenzendem Naturschutzgebiet
833 auszuweisen.

834 **STADTENTWICKLUNG**

835 **im Bremer Norden**

836

837 **Text einfügen!**

838 **STADTENTWICKLUNG**

839 **im Bremer Süden**

840 **A 281 und Bundesstraße 6 neu: Nachhaltige Lösungen statt Trassenwahn**

841 Wir FREIE WÄHLER unterstützen die drei Hauptziele des Ringschlusses der A 281, nämlich
842 die Zeit- und Kostenvorteile für den überregionalen Nord-Süd-Verkehr (Eckverbindung A 1 und
843 A 27), die bessere Erreichbarkeit für Bremer Wirtschaftszentren und insbesondere die
844 Verkehrsentlastung unserer Wohngebiete. Die teilweise seit Jahrzehnten andauernden (Fehl-
845) Planungen sind jedoch aus unserer Sicht unhaltbar.

846 Der bisher vorgesehene mindestens 150 Millionen Euro teure Bauabschnitt 2.2 der A281 zum
847 Zubringer Arsten ist aus unserer Sicht überflüssig und schädlich. Wir FREIE WÄHLER fordern,
848 auf die Autobahn zum Zubringer Arsten zu verzichten und die laufenden Planungen
849 einzustellen. Vorrang haben die gezielte Beseitigung von Engpässen, wie der Bau der schon
850 2002 planfestgestellten Auf- und Abfahrt am Neuenlander Ring, verkehrslenkende
851 Maßnahmen und die Instandhaltung vorhandener Straßen. Erst wenn allein dadurch keine
852 ausreichenden Wirkungen für den Verkehr und die benachbarten Wohngebiete erreicht
853 werden können, ist über neue Straßen nachzudenken. Dabei ist zu prüfen, welche
854 Auswirkungen solche Maßnahmen für kommende Generationen entfalten (Nachhaltigkeit)
855 und, ob diese einen echten Beitrag zur notwendigen Verkehrswende leisten.

856 Eine nachhaltige und zukunftsfähige Lösung besteht darin, parallel zu einer Bundesstraße
857 6neu (B6n) zur A1 als Tunnel unter dem Flughafen hindurch die Straßenbahnlinie 6 vom
858 Flughafen Bremen bis Brinkum zu verlängern und damit eine schnelle und direkte Verbindung
859 zwischen den Gewerbegebieten in Brinkum-Nord, dem Flughafen, der Innenstadt und der
860 Universität zu schaffen. Wir fordern, zur Verwirklichung dieser Lösung unverzüglich
861 Gespräche mit dem Bund und dem Land Niedersachsen aufzunehmen.

862 **Erhalt der 136 Platanen / Platanen-Stadtstrecke als Filter retten**

863 Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die 136 Platanen am
864 Neustadtsdeich erhalten bleiben und keinesfalls gefällt werden. Diese Bäume leisten einen
865 unverzichtbaren Beitrag zur Luftreinhaltung in der hochbelasteten Stadt Bremen.

866 Zur Frage des Hochwasser-Schutzes auf dem linken Weserufer, insbesondere der
867 „Neustadtstrecke“, unter dem Gesichtspunkt des Meeresspiegel-Anstiegs durch den
868 Klimawandel, machen wir in diesem Zusammenhang auf folgendes aufmerksam:

869 Laut „Küstenschutzplan Weser“ besteht an der gesamten Strecke kein akuter
870 Nachbesserungsbedarf.

871 Gleichwohl sollten vorausschauend Überlegungen angestellt werden, wie dem drohenden
872 Meeresspiegelanstieg durch den Klimawandel wirksam begegnet werden kann.

873 Im Rahmen dieser Überlegungen hat der Bremer Bausenator ein Gutachten erstellen lassen,
874 welches mehrere Varianten untersucht hat. Dabei wurde ausdrücklich auch eine Variante
875 dargestellt, die den Erhalt der 136 Platanen beinhaltet. Diese ist aus Sicht der FREIE WÄHLER
876 die vorzugswürdige.

877 Der Bausenator hat jedoch in einem Schreiben an die Bürgerinitiative zum Erhalt der Platanen
878 die Absicht deutlich gemacht, dass die Fällung der Bäume eine städtebauliche Ambition ist.
879 Ziel sei dort ein „städtebaulich ungenutztes Potential“ zu aktivieren. Gemeint ist hiermit wohl,
880 die Gastronomie- und Freizeitmeile „Schlachteufer“ mit EU-Förder-Mitteln auf die andere
881 Weserseite auszuweiten.

882

883

884 **Keine Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 in Huchting/ Erhalt der Bus-Linien**

885
886 Wir FREIE WÄHLER schließen uns dem Bürgerbegehren zum Erhalt der bisherigen
887 Linienbusverbindungen in Huchting an und lehnen die Planungen zur Verlängerung der

888 Straßenbahnlinie 8 – auch zum Schutz des von der Maßnahme bedrohten Baumbestandes -
889 nachhaltig ab.

890 **Umnutzungskonzept ehemalige „Brinkmann-Hallen“**

891 Das geplante Umnutzungskonzept für das gesamte Areal rund um die ehemaligen
892 „Brinkmann-Hallen“, eine Einbindung des ehemaligen Gas-Werkes und der umliegenden
893 Gewerbeflächen kann aus Sicht der FREIEN WÄHLER eine städtebauliche Chance bieten.
894 Wir setzen uns für eine Bürgermitwirkung der Anwohner in den Stadtteilen Rablinghausen und
895 Woltmershausen für die Quartiersentwicklung von Anfang an ein. Insbesondere die Interessen
896 der unmittelbaren Anrainer bspw. am Warturmer Platz, im Schriefersweg sowie aller Bewohner
897 in einem Umkreis von 2 km um das Quartier müssen berücksichtigt und auch gegen die
898 Interessen der Investoren abgewogen werden.

899 **Verkehrsentlastungskonzept B 75 und Ausbau der sozialen Infrastruktur im** 900 **Güterverkehrszentrum**

901 Die Verkehrsbelastung auf der B 75 und insbesondere die Sanierungsbedürftigkeit der
902 Stephani-Brücke, aber auch der noch immer fehlende „Ringschluss“ der A 281 unter dem
903 Flughafen hindurch führen zu einer erheblichen Belastung der Anwohner bzw. drohen diese
904 langfristig noch stärker zu beeinträchtigen. Die FREIEN WÄHLER setzen sich für eine
905 vorrangige Entwicklung eines Verkehrsentlastungskonzeptes – auch unter Berücksichtigung
906 erforderlicher Sanierungsmaßnahmen – ein und begrüßen kreative Ideen für vorübergehende
907 Fährverbindungen.

908 Im Güterverkehrszentrum (GVZ) ist neben der weiteren Erschließung auch die soziale
909 Infrastruktur wie Toiletten, Ruhe- und Aufenthaltsbereiche sowie Versorgungsmöglichkeiten
910 für Berufskraftfahrer zu entwickeln.

911 **UMWELT UND NATURSCHUTZ**

912 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 913 • **Erhalt und Schutz von Grünflächen und Natur, keine weitere Rodung von**
914 **Bäumen**
- 915
- 916 • **Aufbau einer qualitativ, quantitativ und finanziell attraktiven,**
917 **umweltfreundlichen Versorgung der Bremer mit Trinkwasser**
- 918
- 919 • **Konkrete Maßnahmen zur Müllvermeidung und Kampf gegen**
920 **Vermüllungstendenzen**
- 921
- 922 • **Keine weitere Überschreitung der sowieso schon zu hohen Grenzwerte für**
923 **Luftschadstoffe (NOx)**
- 924

- 925 • **Förderung der Elektromobilität und der Nutzung erneuerbarer Energien**
- 926
- 927 • **Ausschöpfung sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten für ein Verbot des**
- 928 **regionalen Einsatzes umweltschädigender Mittel wie Glyphosat u.a.**
- 929
- 930 • **Gesundheitsförderung und Ausbau von Vorbeugungsmaßnahmen**
- 931

932 Die Natur (Luft, Wasser, Erde, Pflanzen und Tiere) kann ohne den Menschen leben, wir
 933 Menschen hingegen ohne sie nicht. Dennoch sind wir seit der industriellen Revolution im 18.
 934 Jahrhundert mit zunehmender Beschleunigung jetzt in unserem wirtschaftlichen Kampf gegen
 935 die Natur an Grenzen gestoßen, haben sie zum Teil bereits überschritten: Artensterben,
 936 Klimawandel usw. Noch immer werden häufig Abwägungsentscheidungen zulasten der Natur
 937 und Umwelt getroffen und beispielsweise Laubbäume abgeholzt, statt deren wichtige
 938 Funktionen anzuerkennen und ausreichend zu schützen. Der Wasserkreislauf eines
 939 Laubbaumes und dessen Beitrag zur Grundwasserneubildung sowie die Staubfilterfunktion
 940 haben einen besonderen Stellenwert für unsere Lebensgrundlagen und sollten unsere
 941 Wertschätzung genießen.

942 **Schutz unserer Lebensgrundlagen**

943 Daraus folgt für uns in Bremen eine Politik, die versucht:

- 944 • möglichst viel Grün zu erhalten, das heißt konkret keine Bäume mehr sinnlos
- 945 abzuhacken (Platanen)
- 946 • gegen die Bewegungsarmut besonders bei Kindern im Lehrplan und bei
- 947 Einrichtungen (Uni-Bad) anzutreten
- 948 • die ohnehin schon zu hohen Grenzwerte für Luftschadstoffe nicht weiter zum Teil
- 949 erheblich zu überschreiten (NOx)
- 950 • eine qualitativ, quantitativ und finanziell erstklassige Versorgung mit Trinkwasser
- 951 in Bremen
- 952 • eine angemessene soziale Infrastruktur aufzubauen und zu unterhalten

953 Wir FREIE WÄHLER setzen uns besonders dafür ein, dass sogenannte Kompensationen für
 954 Umwelt- oder Gesundheitsverluste nicht mehr nach einer gewissen Zeit ohne Skrupel
 955 fallengelassen werden. Besonders zynische Beispiele sind da die Grünflächen an der
 956 Rennbahn für das seinerzeit errichtete Mercedes-Werk und das Uni-Bad für das frühere
 957 Zentralbad.

958

959 **Neues Trinkwasser-Konzept für Bremen**

960 Wir FREIE WÄHLER setzen uns in Bremen für ein neues Trinkwasser-Konzept ein. Unser Ziel
 961 ist es, die quantitative und qualitative Wasserversorgung aus regionalen Wasservorkommen

962 zu fördern. Aller Wahrscheinlichkeit wird das Bremer Trinkwasser in den vor uns liegenden
963 20er Jahren knapp. Die aktuelle Bevölkerung benötigt jedes Jahr ca. 33 Millionen cbm
964 Trinkwasser. Diese Menge könnte in Bremen und seinem Umland auf natürlichen Wege und
965 ressourcenschonend gewonnen werden. Hierzu dienen neben einem verstärkten Einsatz für
966 einen sparsamen Umgang mit einer unserer Lebensgrundlagen folgende Möglichkeiten: Mit
967 der Methode des Uferfiltrates lassen sich jährlich ca. 33 Millionen cbm oder sogar mehr
968 gewinnen. Das Weserwasser erhält aus dem Oberlauf der Werra sog. Härter (Chloride,
969 Kalium, Magnesium etc.), die Herzbeschwerden vorbeugen. Ein weiteres natürliches
970 Reservoir befindet sich unter der Osterholzer Feldmark als Teil des Bremer Beckens. Hier
971 könnten weitere ca. 10 Millionen cbm/a nutzbar gemacht werden, die durch den ständigen
972 Zufluss von der Oytener Geest gesichert sind. Schließlich gibt es in Bremerhaven-Süd große
973 Wasservorkommen, die mit einer ca. 35 km langen Rohrleitung nach Bremen-Nord eingespeist
974 werden könnten, um dort den Bedarf von ca. 10 Millionen cbm/a sicherzustellen. Diese
975 Maßnahmen würden eine natürliche Alternative zum aktuell vorwiegend von der Syker Geest
976 stammenden Wasser, welches durch landwirtschaftliche Nutzung nitratbelastet ist, darstellen.

977 **Tierwohl und gesunde Ernährung**

978 Das Tierwohl und eine gesunde Ernährung liegen uns FREIE WÄHLER besonders am Herzen.
979 Wir unterstützen das Ziel des Senats, in öffentlichen Einrichtungen kein sog. „Billig-Fleisch“
980 mehr zu nutzen, allerdings halten wir das Ausstiegsdatum im Dezember 2024 für deutlich zu
981 spät. Hier muss Bremen sich ein ambitionierteres Ziel setzen. Die Aufklärungs- und
982 Präventionsangebote für eine gesunde Ernährung bei Kindern und Jugendlichen müssen
983 weiter gestärkt und ausgebaut werden. Auf Bundesebene werden wir uns für eine deutliche
984 Zucker- und Fettgehaltskennzeichnung sowie -reduzierung bei Lebensmitteln einsetzen.

985 Darüber hinaus sind die Kontrollen für Veterinärtransporte zu verstärken und geeignete
986 Maßnahmen zu treffen, um Warenlieferungen aus unlauteren Betrieben wirksam zu
987 unterbinden.

988 **Mindestgrenzwerte für Luftreinhaltung einhalten**

989 Es gibt für Schadstoff-Belastungen keine Grenzwerte, unterhalb derer keine Belastungen
990 auftraten. Vielmehr schädigt jeder Eintrag in die Umwelt. Es ist gesellschaftliche, bzw.
991 politische Übereinkunft, wie groß die Schäden sein dürfen, um keine Revolten der Bevölkerung
992 hervorzurufen (siehe „Diesel-Skandal“). Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER, dass
993 wenigstens die Grenzwertüberschreitungen ernst zu nehmen sind. Es gibt in Bremen deutlich
994 zu viele Opfer von Atemwegs- und Herzerkrankungen, die sich nach diversen Studien auch
995 auf die Feinstaub-, Stickoxid- (NOx), Ozon- (O3) - und Kohlendioxidbelastung (CO2)
996 zurückführen lassen.

997 **Lärm-Bekämpfung nach dem Bremer Lärm-Kataster**

998 Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung anhand
 999 des Bremer Lärm-Kataster ein. Die aus dem Lärm-Kataster ersichtlichen Überschreitungen
 1000 sind durch geeignete Maßnahmen endlich konsequent zu verringern. Darüber hinaus sind das
 1001 Nachtflug-Verbot am Bremer Flughafen einzuhalten und konkrete Maßnahmen für einen
 1002 angemessenen Schutz der Bremer Bevölkerung vor den Folgen des ansteigenden Güter- und
 1003 Personenverkehrs auf der Schiene einzuleiten und umzusetzen.

1004 **Ausbau Elektromobilität und alternativer umweltfreundlicher Antriebsformen**

1005
 1006 Wir FREIE WÄHLER setzen uns für ein umfassendes Förder- und Entwicklungskonzept im
 1007 Bereich E-Mobilität und Nutzung alternativer, umweltfreundlicher Antriebsformen in Bremen
 1008 ein. Ein solches Konzept könnte beispielsweise die Anschaffung von E-Bussen bei der BSAG,
 1009 eine angemessene, kostenlose Zapfsäuleninfrastruktur sowie das Benutzen von ÖPNV-
 1010 Spuren umfassen. Als Automobilproduktionsstandort könnte Bremen hier eine nationale
 1011 Vorreiterrolle übernehmen und innovative Konzepte besonders fördern. Demgegenüber sind
 1012 insbesondere Diesel-PKW, die im Fahrbetrieb die gesetzlichen Grenzwerte überschreiten,
 1013 konsequent aus den Umweltzonen fern zu halten – abgesehen von gut begründeten
 1014 Ausnahmen.

1015 **Verbot von „Fracking“**

1016 Wir FREIE WÄHLER lehnen kategorisch jede Form des sog. Fracking sowie etwaige
 1017 Probebohrungen und sonstige vorbereitende Prüfungen im gesamten Landesgebiet und im
 1018 niedersächsischen Umland ab.

1019 **GESUNDHEIT UND SOZIALES**

1020 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 1021 • **Übergreifendes, nachhaltiges Krankenhauskonzept für eine optimale**
 1022 **Krankenhausversorgung unter Einbindung der öffentlichen und frei-**
 1023 **gemeinnützigen Kliniken in Bremen und Bremerhaven**
 1024
- 1025 • **Faire Löhne für gute Arbeit und eine angemessene Ausbildungsvergütung**
 1026 **ohne Eigenbeteiligung an Ausbildungskosten**
 1027
- 1028 • **Landesweite, wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung**
 1029
- 1030 • **Deutliche Verstärkung des Vorsorge- und Präventionsangebotes**
 1031
- 1032 • **Personelle und inhaltliche Stärkung der bremischen Kinder- und**
 1033 **Jugendhilfe**

1034
1035 Nach Auffassung der FREIEN WÄHLER war die Entscheidung zum „Teil-Ersatz-Neubau“ am
1036 Klinikum Bremen-Mitte überhastet und wurde ohne die eigentlich notwendige
1037 baufachtechnische (Zuwendungs-) Prüfung getroffen. Ständige zeitliche Verzögerungen und
1038 finanzielle Nachforderungen stellen der Planungskompetenz der Regierungsparteien ein
1039 schlechtes Zeugnis aus. Die Chancen aus der Quartiersentwicklung – die aus unserer Sicht
1040 zwingend unter enger Beteiligung der unmittelbaren Anwohner und Erhalt der historischen
1041 Bausubstanz zu erfolgen hat – wurden bis heute nicht ansatzweise deutlich oder genutzt.

1042 Aufgrund des teuren Neubauvorhabens am Klinikum-Mitte sind für weitere ebenfalls dringend
1043 erforderliche Investitionen, Modernisierungen und Instandsetzungen an den anderen
1044 bremischen Kliniken keine ausreichenden Mittel mehr vorhanden. Am Klinikum Bremen-Ost
1045 wird dies u.a. an der dringend erforderlichen Renovierung des 60er-Jahre Neubaus deutlich,
1046 der seit Jahren überfällig ist. Die daneben liegenden denkmalgeschützten Gebäude des
1047 Altbaubestandes drohen seit Jahren irreparable Schäden ähnlich wie am Klinikum-Mitte.

1048 Die wirtschaftliche Krise der Gesundheit Nord (GeNO), die ausstehenden Investitionen und
1049 der Führungsstil der aktuellen Senatorin geben begründeten Anlass zur Sorge um den
1050 Bestand der städtischen Kliniken. Hier braucht es dringend ein übergreifendes
1051 Handlungskonzept für die grundlegende Neuausrichtung der bremischen
1052 Krankenhausinfrastruktur, ein angemessenes Personalkonzept mit akzeptablen Löhnen und
1053 Gehältern für die Beschäftigten und eine wirksame Führung mit Sachverstand und Weitblick.

1054 Eine Schlechterstellung der privaten Krankenhäuser aus ideologischen Gründen lehnen wir
1055 ab und halten diese für wichtige Partner in der Gesundheitsversorgung in der Metropolregion
1056 Nordwest.

1057 Bevor eine medizinische Fakultät in Bremen – unabhängig von der organisatorischen
1058 Anbindung – mit einem erheblichen Investitionsaufwand etabliert wird, sollten die aktuellen
1059 Ausbildungskapazitäten in den Heil- und Pflegeberufen wie bspw. bei Hebammen
1060 sichergestellt werden. Eine angemessene Vergütung ist für uns FREIE WÄHLER hier
1061 moralisch bindend.

1062 Wir FREIE WÄHLER setzen uns außerdem für eine in allen Stadtteilen Bremens ausreichende
1063 haus- und fachärztliche Versorgung ein. Mit entsprechenden Anreizsystemen und
1064 Zulassungsmöglichkeiten ist darauf hinzuwirken, dass auch in sozial schlechter gestellten
1065 Stadtquartieren eine gute Versorgung sichergestellt wird. Gerade dort sind darüber hinaus
1066 geeignete Aufklärungs-, Präventions- und Beteiligungskonzepte zu entwickeln und zu
1067 etablieren. Die sozialen Fachdienste der Kinder- und Jugendhilfe sind inhaltlich und personell
1068 derart auszustatten, dass endlich die sog. Kevin-Beschlüsse aus dem damaligen tragischen
1069 Vorfall und dem folgenden Untersuchungsausschuss umgesetzt werden.

1070 Durch eine deutliche Erhöhung der Sportförderung und einen Plan zur Sanierung, Nutzung
1071 und den Ausbau der Infrastruktur an Turnhallen und Sportplätzen sowie eine engere
1072 Kooperation zwischen Kindergärten, Schulen und Sportvereinen ist dem Bewegungsmangel
1073 konsequent entgegenzuwirken. Mit einem Konzept „Kinder in die Vereine“ ist der wichtige
1074 soziale und persönliche Wert körperlicher Ertüchtigung aktiv zu fördern.

1075 Bremen ist in sämtlichen bundesweiten Statistiken nicht nur regelmäßig Schlusslicht in
1076 nationalen Vergleichsstudien, sondern auch bei Kinderarmut und Armutsgefährdung.
1077 Wir FREIE WÄHLER stehen für eine deutliche Steigerung des Bildungsniveaus und der
1078 Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugend in klaren Strukturen. Darüber hinaus
1079 sind jedoch auch die Anstrengungen zur Bekämpfung von Kinderarmut, prekärer
1080 Beschäftigungsverhältnisse und berufliche Qualifizierung deutlich zu steigern und endlich
1081 wirksame Konzepte zu entwickeln. Eine weitere Armutzuwanderung in die bereits völlig
1082 überlasteten Sozialsysteme in Bremen muss unterbunden werden.

1083 **Übergreifendes, nachhaltiges Krankenhauskonzept für Bremen und Bremerhaven**

1084 Auf der Basis des aktuellen, tatsächlichen Bedarfs und unter Berücksichtigung einer Szenario-
1085 Analyse bei schrumpfender, gleichbleibender und steigender Bevölkerung ist eine
1086 angemessene Zielstruktur unter Bündelung von Kompetenzen an den einzelnen Kliniken zu
1087 entwickeln. In enger Abstimmung zwischen den städtischen und den privat-gemeinnützigen
1088 Kliniken ist eine Krankenhausplanung 2025 umzusetzen. Als wesentlichem Bereich der
1089 öffentlichen Daseinsvorsorge ist diese Krankenhausstruktur ausreichend zu finanzieren.

1090 **Faire Löhne für gute Arbeit**

1091 Den Beschäftigten im Gesundheitswesen ist eine besondere Wertschätzung für deren wichtige
1092 Tätigkeiten entgegenzubringen. Dies beinhaltet neben einer guten Führung auch faire,
1093 angemessene Löhne insbesondere auch die Berücksichtigung von besonderen Belastungen
1094 z.B. aus Nachtarbeit, Schichtdienst etc. Die FREIEN WÄHLER schließen sich ausdrücklich
1095 den Forderungen des Bündnisses für eine faire Entlohnung der Beschäftigten und mehr
1096 Personal im Gesundheitswesen an („Volksbegehren gegen den Pflegenotstand“).

1097

1098

1099 **Angemessene Ausbildungsvergütung**

1100 Es ist unhaltbar, dass gerade in so wichtigen, aktuellen Mangelberufen wie bei Hebammen, in
1101 der Pflege oder in der Kinderbetreuung teilweise keine Löhne gezahlt werden oder gar
1102 Ausbildungskosten selbst getragen werden müssen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine

1103 vollständige Befreiung von Ausbildungskosten und eine faire, angemessene
1104 Ausbildungsvergütung ein.

1105 **Landesweit bedarfsgerechte Ärzteversorgung**

1106 Mit geeigneten Anreiz- und Zulassungsverfahren ist landesweit eine ausreichende haus- und
1107 fachärztliche Versorgung sicherzustellen. Aufgrund der aktuellen Situation im deutschen
1108 Medizin- und Krankenkassenwesen ist es derzeit für Ärzte und Fachärzte oftmals attraktiver
1109 bis hin zu überhaupt nur wirtschaftlich darstellbar eine Praxis in bevorzugten Wohngebieten
1110 zu eröffnen und zu betreiben. Diesen Herausforderungen aus dem aktuellen Gesundheits- und
1111 Vergütungssystem ist durch wirksame Maßnahmen zu begegnen und insbesondere
1112 bürokratische Belastungen der Ärzte abzubauen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein,
1113 dass der Staat die gewünschte stadtweite Versorgung nicht zu Lasten der Mediziner, sondern
1114 mit Hilfe der Allgemeinheit auflöst und entsprechende Anreizsysteme schafft.

1115 **Deutliche Verstärkung des Präventions- und Vorsorgeangebotes**

1116 Gerade in sozial schwächeren Quartieren liegt die Sterblichkeit überdurchschnittlich höher,
1117 gibt es besondere Risikofaktoren und werden Präventions- und Vorsorgeangebote
1118 unterdurchschnittlich genutzt. Mit entsprechender Aufklärung und zielgerichteten Angeboten
1119 müssen hier wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

1120 **Verbindliche Einhaltung von Schuleingangsuntersuchungen**

1121 Aus Gründen des Kindeswohls und zur allgemeinen Gesundheitsvorsorge sind staatlich
1122 angeordnete Pflichtuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen durchzusetzen.

1123 Der verpflichtend angebotene Schwimm- und Sportunterricht in der Schule ist von allen
1124 Schülerinnen und Schülern konsequent wahrzunehmen und Vermeidungspraktiken zu
1125 unterbinden.

1126 **BILDUNG UND ERZIEHUNG**

1127 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 1128 • **Qualitätssteigerung in sämtlichen bremischen Bildungseinrichtungen**
1129
- 1130 • **Zielgerichtete Auflösung des Sanierungsbedarfs im Immobilienbestand**
1131
- 1132 • **Angemessene finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen inklusive**
1133 **der Bereitstellung ausreichend sozialpädagogischen Personals und**
1134 **wertschätzende Zusammenarbeit zwischen der Bildungsbehörde, den**
1135 **Schulleitungen und der Lehrkräfte**
1136

- 1137 • **Klares Bekenntnis zur Wertevermittlung auch von bürgerlichen**
- 1138 **Sekundärtugenden, Vereinheitlichung der Bildungsstandards unter**
- 1139 **Berücksichtigung einer umfassenden Bildung**
- 1140
- 1141 • **Rückkehr zu G 9, vernünftige Umsetzung der Inklusion unter Erhalt der**
- 1142 **Förderschulen**
- 1143

1144 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit
 1145 und des Schutzes von Politik und Gesellschaft. Wir sehen die Bildungspolitik als Schnittstelle
 1146 zu unterschiedlichen Bereichen wie Bildung und Ausbildung, Jugendschutz, Medien und Kultur
 1147 sowie außerschulischen Betreuungs- und Fürsorgeleistungen.

1148 Bremen und Bremerhaven haben leider einen nachhaltig schlechten Ruf in der schulischen
 1149 Bildung. Trotz parteiübergreifender Einigkeit im Rahmen des gerade verlängerten sog.
 1150 „Bremer Schul-Konsens“ gibt es in den Details und insbesondere in der Finanzierung und
 1151 Finanzierbarkeit erhebliche Unterschiede und Umsetzungsschwierigkeiten. Viele Schulen und
 1152 gerade viele Sanitäreinrichtungen, aber auch Turnhallen und Außenbereiche befinden sich in
 1153 einem desolaten Zustand. Die Regierungsparteien haben die Verwaltung derart
 1154 heruntergefahren, dass heute Fachpersonal zur Bewältigung der großen Herausforderungen
 1155 im Schulausbau dringend fehlt. Neben dem Fachkräftemangel im vorschulischen und
 1156 schulischen Bereich führt die Unterversorgung mit Lehrkräften an vielen Schulen zu
 1157 unvertretbaren Stundenausfällen und nicht hinnehmbaren Bedingungen für die Lehrkräfte.
 1158 Darüber hinaus wurde die Inklusion flächendeckend im ganzen Land eingeführt, ohne die
 1159 entsprechenden räumlichen und personellen Voraussetzungen für eine gelingende
 1160 Umsetzung zu schaffen. Die zunehmenden Herausforderungen der vergangenen Jahre aus
 1161 dem Zuzug von Flüchtlingen und der EU-Binnenwanderung haben zu teilweise katastrophalen
 1162 und unhaltbaren Zuständen geführt. Die Lehrkräfte stehen tagtäglich vor ihren Klassen und
 1163 sehen sich den gesellschaftlichen, organisatorischen und persönlichen Herausforderungen
 1164 ausgesetzt. Es braucht viel Herzblut, Engagement und Widerstandsfähigkeit, um diesen Beruf
 1165 auszuüben. Manches Mal fehlt es an dem erforderlichen gegenseitigen Respekt, der
 1166 Anerkennung und Wertschätzung zwischen Schülerinnen und Schülern, Eltern und
 1167 Lehrkräften. Die politische Zielsetzung sollte darin bestehen, die Rahmenbedingungen für
 1168 Bildung so zu gestalten, dass die Lehrkräfte in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den
 1169 Schulleitungen, der Bildungsbehörde sowie ggf. weiteren pädagogischen
 1170 Unterstützungskräften und den Eltern ihren Vermittlungs-, Anleitungs- und Erziehungsauftrag
 1171 bestmöglich erbringen können.

1172 **Schulsanierungsprogramm**

1173 In Bremen und Bremerhaven gibt es eine Vielzahl an denkmalgeschützten Schulgebäuden
 1174 und in die Jahre gekommenen Neubauten aus den Nachkriegsjahren. Im Rahmen einer
 1175 umfangreichen Bestandsanalyse sind die Mängel in den Schulen offen und transparent zu

1176 erheben und darzustellen. In enger Abstimmung mit den Schulleitungen ist eine optimale
1177 Instandsetzung der Schulinfrastruktur für die jeweilige Schule unter besonderer
1178 Berücksichtigung der Bausubstanz zu planen.

1179 Ein Abstimmungsstau, der sich aus Zuständigkeitsfragen zwischen dem zuständigen
1180 Senatsressort und der landeseigenen Immobilienanstalt ergibt, ist dringend aufzulösen.
1181 Etwaige Doppel-Strukturen sind zu vermeiden und eine eigenverantwortliche Einheit
1182 einzurichten, die für eine vernünftige und zeitgerechte Umsetzung des
1183 Schulsanierungsprogramms verantwortlich ist. Ziel ist eine schlanke, effektive
1184 Organisationsstruktur und Beendigung jeder Verquickung zwischen „politischen Beamten“ und
1185 Fachangestellten, die gerade in diesem sensiblen und überragend wichtigen Bereich zu
1186 schwerwiegenden Planungsdefiziten führen können.

1187 Im Rahmen einer übergreifenden Mehr-Jahresplanung und unter Aufstockung der
1188 erforderlichen Mittel ist der Sanierungsstau bis 2025 aufzulösen. Wir FREIE WÄHLER setzen
1189 uns für einen Vorrang solcher Investitionen im bremischen Haushalt ein. Es sind weiter
1190 sämtliche Möglichkeiten zur Ausschöpfung von Bundesmitteln für die Schulsanierung zu
1191 beantragen.

1192 **Gerechte Bildungschancen**

1193 Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Bremen gleiche Bildungschancen garantieren.
1194 Unser Schulsystem muss ihnen den Raum zur Selbstverwirklichung geben, um ihre
1195 persönlichen Fertigkeiten, Interessen und Stärken auszubilden und sie auf das Berufsleben
1196 optimal vorzubereiten.

1197 **Frühkindliche Bildung**

1198 Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und
1199 Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu
1200 schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für die
1201 Entwicklungs- und Bildungschancen unserer Kinder gelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass
1202 Kinder mindestens ein Jahr vor ihrer Einschulung verpflichtend kostenfrei in den Kindergarten
1203 gehen.

1204 Gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir FREIE WÄHLER weitere flexible
1205 Betreuungsangebote in Bremen und Bremerhaven entwickeln und ähnlich dem Hamburger
1206 Modell auch in Tagesrandzeiten eine gute Bedarfsdeckung aufbauen.

1207 **Kostenfreie Kindergärten**

1208 Wir setzen uns für eine vollständige Abschaffung sämtlicher Kindergartengebühren ein. Der
 1209 Betreuungsschlüssel in der Krippe sollte bei 1 Betreuer für 3 Kinder und im Kindergarten bei
 1210 1 Betreuer für maximal 8 Kinder liegen. Das Unterstützungspersonal insbesondere zur Sprach-
 1211 und Schulvorbereitung sowie Präventionsmaßnahmen und Elternaustausch sollte deutlich
 1212 verstärkt werden.

1213 **Angemessen finanziertes Bildungssystem**

1214 Bremen muss als Bildungs-Standort erheblich attraktiver werden und das in der
 1215 Landesverfassung verankerte Grundrecht auf Bildung wieder im ausreichenden Maße
 1216 umsetzen. Dazu braucht es eine verbindliche, langfristige und verbesserte
 1217 Bildungsfinanzierung sowie einen Verzicht auf bildungspolitische Hektik und ein Mehr an
 1218 demokratischer Beteiligung der Betroffenen. Nur so wird es möglich sein, die weitere
 1219 Segregation im Bildungswesen zu verhindern.

1220 **Deutliche Erhöhung der Bildungs-Ausgaben**

1221 Die Bildungsausgaben im Haushalt sind auf das Niveau der anderen Stadtstaaten anzupassen
 1222 und den Bildungsinvestitionen ein absoluter Vorrang einzuräumen. Beispielsweise gibt
 1223 Hamburg für einen Grundschüler pro Jahr ca. 9.300 Euro aus, während es in Bremen nur ca.
 1224 6.400 Euro sind.

1225 **Überprüfung der Schulstruktur mit dem Ziel eines längeren gemeinsamen Lernens**

1226 Die FREIEN WÄHLER LV Bremen setzen sich für eine ergebnisoffene, ideologiefreie Über-
 1227 prüfung der Schulstruktur in Bremen ein. Derzeit erhalten Grundschul Kinder regelmäßig zum
 1228 Halbjahr eine Lernstandsübersicht im kompetenzorientierten Lernen (sog. Kompolei-Zeugnis).
 1229 Nach Abschluss des 1. Halbjahres der 4. Jahrgangsstufe wird erhoben, ob die Kinder unter
 1230 oder über dem Regelstandard in den Kernfächern liegen. Anhand dieser Einschätzung und
 1231 ggf. weiterer Informationen und Voraussetzungen (Elterngespräche, Besuch
 1232 Informationsabende der weiterführenden Schulen, regionale und organisatorische
 1233 Möglichkeiten etc.) werden die Kinder auf Elternwunsch zur weiterführenden Schule
 1234 (Oberschule oder Gymnasium) angemeldet. Die Plätze werden anhand der Verfügbarkeit,
 1235 verschiedener weiterer Voraussetzungen bis hin zum Los-Verfahren vergeben. Bei einigen
 1236 Kindern führt dies bereits in der 3. und 4. Klasse zu einem erheblichen Druck, um 1. über dem
 1237 Regelstandard zu liegen und 2. beste Zugangsvoraussetzungen für ein Gymnasium bzw. eine
 1238 Wahl-Oberschule zu erzielen. Dieses System hat die vorherige Orientierungsstufe abgelöst.
 1239 Im Rahmen der geforderten Analyse ist zu ermitteln, ob das derzeitige System
 1240 veränderungsbedürftig und/ oder grundsätzlich überarbeitungswürdig ist und wie eine neue
 1241 Zielstruktur aussehen könnte.

1242 **Lernen braucht Zeit, Rückkehr zu G9**

1243 Eine kind- und jugendgerechte Persönlichkeitsentwicklung braucht seine Zeit. Daher fordern
 1244 wir FREIE WÄHLER die Rückkehr von G8 zu G9 auch an den Bremer Gymnasien.
 1245 Niedersachsen und viele andere Bundesländer sind bereits zum Abitur nach 13 Jahren
 1246 zurückgekehrt, da erkannt wurde, dass G8 bei Schülern, Eltern und Lehrern zu einem Mehr
 1247 an Stress geführt hat und die persönlichkeitsbildenden Spielräume der Schüler, etwa im
 1248 Nachmittags- und Abend-Bereich, musischen oder sportlichen Aktivitäten nachzugehen, zu
 1249 stark eingeschränkt wurden. Bremen wird sich zudem auf Dauer keine „Insel-Lösung G8“
 1250 leisten können. Um einen reibungslosen Übergang von G8 zu G9 zu gewährleisten, müssen
 1251 Ausbaumaßnahmen im Bildungsbereich daher auch die 8 Bremer Gymnasien miteinbeziehen.

1252 **Stadtteilbezogener Mittel-Einsatz, Brennpunkt-Schulen besonders fördern**

1253 Der Bildungserfolg hängt in Deutschland immer noch sehr stark von der jeweiligen sozialen
 1254 Herkunft ab. Schüler aus bildungsnahen Haushalten verzeichnen viel stärker Schulerfolge als
 1255 Schüler aus bildungsfernen Haushalten. Die Finanzmittel für die Bremer Schullandschaft
 1256 müssen daher sachgerecht über die Stadt verteilt werden. Brennpunkt-Schulen brauchen etwa
 1257 eine andere Ausstattung als Schulen in gutbürgerlichen Stadtteilen. Wo soziale Problemlagen
 1258 bestehen, müssen diese frühzeitig entschärft werden, vor allem auch durch ein
 1259 entsprechendes Begleit- und Unterstützungsprogramm durch multiprofessionelle Teams.

1260 Allgemein müssen Kinder bei ihrer Einschulung eine ausreichende Kenntnis der deutschen
 1261 Sprache haben. Für Geflüchtete und deren Eltern müssen dazu ausreichend Sprachkurse
 1262 angeboten werden.

1263 **Lückenbüßertum von Schulvereinen und „Stadtteil-Schule“ beenden**

1264 Schulvereine und der Verein „Stadtteil-Schule“ organisieren schlecht bezahlte, oftmals
 1265 befristete Hilfstätigkeiten an Bremer Schulen, wie Förderunterricht, Hausaufgabenhilfe usw.
 1266 Diese Organisationen dürfen nicht länger als Lückenbüßer für die vollkommen unzureichende
 1267 finanzielle Grundausrüstung der Schulen herhalten. Regelaufgaben sind von der
 1268 Bildungsbehörde zu finanzieren.

1269

1270 **Inklusion**

1271 Wir FREIE WÄHLER bekennen uns zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention und
 1272 der inklusiven Beschulung. Grundvoraussetzung einer gemeinsamen Beschulung aller
 1273 Schüler ist eine angemessene personelle und räumliche Ausstattung. Eine flächendeckende
 1274 Einführung ohne Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen und eine geplante

1275 Ausweitung auf sämtliche Gymnasien wiederum ohne grundlegende Gesamtkonzeption
1276 lehnen wir ab. Es braucht ein klares Konzept für die weitere Umsetzung der Inklusion unter
1277 Erhalt der Förderschulen auch im Bereich multipler Beeinträchtigungen und einem
1278 zielgerichteten Einsatz finanzieller Mittel und personeller Ressourcen.

1279 Die Personalhoheit externer Partner wie bspw. des Martinsclubs für persönliche Assistenzen
1280 muss grundsätzlich überprüft werden.

1281 **Verantwortungsvolle Ausbildung des pädagogischen Nachwuchses**

1282 Referendare dürfen nicht länger durch unangemessen hohe Unterrichtsstundenzahl in eigener
1283 Verantwortung als Ersatz- und Vertretungslehrer eingesetzt werden. Gleiches gilt für
1284 Studenten, die mitunter sogar Klassenlehrer-Tätigkeiten übernehmen. Auch der Erzieherberuf
1285 muss in Bremen aufgewertet werden, unter anderem durch eine bessere Bezahlung. Wir
1286 FREIE WÄHLER setzen uns für Programme an der Universität Bremen ein, um
1287 Seiteneinsteiger zu qualifizieren. Zur besseren Verzahnung von Schule und Studium fordern
1288 wir die Rückkehr der Praxis-Lehrer an die pädagogischen Studiengänge der Universität
1289 Bremen.

1290 **Wiedereinführung der Studiengänge Sportwissenschaft und Behindertenpädagogik an 1291 der Bremer Universität**

1292 Bewegung und Sport sind wesentliche Elemente für eine gesunde Entwicklung
1293 Heranwachsender, die gleichzeitig das soziale Miteinander fördert. Deshalb fordern wir die
1294 Wiedereinführung des Studienganges Sport an der Universität Bremen. Sportunterricht kann
1295 zum einen so wieder von Fachlehrkräften unterrichtet werden. Zum anderen bewirken
1296 Aktivitäten von Sport-Studenten eine Belebung in den Sportvereinen und stellen für beide
1297 Seiten eine Bereicherung dar.

1298 Bremen setzt sich für eine Förderung und Teilhabe von beeinträchtigten Kindern ein. Damit
1299 Inklusion angemessen fachkompetent umgesetzt werden kann und ausreichend qualifizierte
1300 Kräfte zur Verfügung stehen, setzen wir FREIE WÄHLER uns für die Wiedereinführung des
1301 Studiengangs Behindertenpädagogik an der Bremer Universität ein.

1302

1303 **Lobbyarbeit an Bremer Bildungseinrichtungen zurückdrängen**

1304 Wirtschaftliche Interessen haben grundsätzlich an Kindergärten, in den Schulen und an den
1305 Universitäten nichts zu suchen. Es gilt, diese Räume in Bremen von derlei Interessen
1306 weitgehend freizuhalten und Kinder, Schüler und Studenten vor ihnen zu schützen, da der
1307 Bildungsauftrag wesentlich darin besteht, den Heranwachsenden, Jugendlichen und jungen

1308 Erwachsenen ein parteipolitisch neutrales, freiheitlich-demokratisches Welt- und
1309 Gesellschaftsbild zu vermitteln, vor dessen Hintergrund sie ihre Persönlichkeit frei entwickeln
1310 können.

1311 **Verantwortungsvolle Medienkompetenz**

1312 Den Schülern muss eine Medienkompetenz vermittelt werden, die sich an
1313 verantwortungsvollen, pädagogischen Konzepten orientiert. Der Schüler muss einerseits dazu
1314 befähigt werden, mit den Anforderungen einer digitalen Welt zurechtzukommen. Andererseits
1315 muss ihm aber auch die Freiheit vermittelt werden, zu der digitalen Welt eine kritische Distanz
1316 aufzubauen. Das Ziel ist ein Schüler, der frei darüber entscheiden kann, ob er eine
1317 Kommunikation oder eine Tätigkeit digital oder analog ausübt.

1318 **Enge Kooperationen zwischen Schulen und externen pädagogischen Partnern**

1319 Gerade der Ganztagschulbau, aber auch die Verkürzung der Gymnasialausbildung
1320 haben zu einer weiteren deutlichen Schwächung der Sportvereine, privater Musiklehrer und
1321 der Musikschulen geführt. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine engere Kooperation und
1322 Einbindung externer Partner wie der Musikschule Bremen, gemeinnütziger Sportvereine und
1323 freischaffender Musiklehrer ein. Es sind intelligente Verzahnungen zwischen dem weiteren
1324 Ausbau des Ganztagschulbetriebs und diesen förderungswürdigen Angeboten für Kinder und
1325 Jugendliche zu entwickeln.

1326 **Ausbau des Ganztagschulangebotes**

1327 Im Rahmen der Schulstandortplanung ist das Angebot an offenen und gebundenen
1328 Ganztagschulen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszubauen. Die Planung ist
1329 zwischen Eltern, Schulen und Verwaltung abzustimmen und nicht wie derzeit vornehmlich von
1330 der Deputation für Kinder und Bildung festzulegen. Wir lehnen einen vollständigen
1331 verpflichtenden Ganztagschulbetrieb, der teilweise aus ideologischen Gründen verfolgt wird,
1332 ab und wollen die aktuellen Hortbetreuungsangebote eng und pragmatisch in die weiteren
1333 Ausbauplanungen einbinden. Der Elternwille ist maßgeblich und wir erkennen einen Wert
1334 darin, dass Eltern mit ihren Kindern mehr Zeit verbringen wollen oder eine andere
1335 Freizeitgestaltung haben.

1336 **Stärkung des Schulsports und des Schwimmunterrichts**

1337 Dem zunehmenden Bewegungsmangel bei Kindern und insbesondere der abnehmenden
1338 Schwimmfertigkeit der Grundschul Kinder ist mit konsequenten Mitteln entgegen zu wirken. Die
1339 Sporthallen sind prioritär in einen angemessenen Zustand zu versetzen. Das Bäder-Konzept
1340 ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt eines flächendeckend möglichen

1341 Schwimmunterrichts zu entwickeln. Die Entscheidung den Schwimmunterricht allein von
1342 Mitarbeitern der Bremer Bäder durchführen zu lassen, muss ebenso überprüft werden, wie
1343 der Hin- und Rücktransport der Kinder zu den Schwimmbädern. Eltern sind auf die besondere
1344 Bedeutung von Sport- und Schwimmfertigkeiten hinzuweisen. Wir FREIE WÄHLER regen an,
1345 ein Konzept zu entwickeln, um mehr Kinder für Sportvereine zu begeistern.

1346 **Wertschätzung und Ausbau musisch-künstlerischer Fertigkeiten**

1347 Die Ausrichtung der Bildungsbehörde auf die Kernfächer Deutsch, Mathe, Englisch und MINT-
1348 Fächer zulasten des weiteren Fremdsprachenerwerbs und der musisch-künstlerischen Fächer
1349 ist aus Sicht der FREIE WÄHLER nicht ausreichend. Das Erlernen eines Instrumentes, das
1350 gemeinsame Singen oder das Anfertigen eines Werkstücks handwerklich-künstlerischer Art
1351 schafft Selbstvertrauen und stiftet Gemeinschaft und Austausch. Die Einbindung des eigenen
1352 Schaffens in einen größeren auch historischen Kontext anhand der Musik- und
1353 Kunstgeschichte ist unverzichtbar für eine kritische Auseinandersetzung. Der Kunst-, Zeichen-
1354 , Werk- und Musikunterricht ist in den Grund- und weiterführenden Schulen wieder deutlich zu
1355 stärken.

1356 **Überarbeitung und Aktualisierung sämtlicher Lehrpläne**

1357 Die Lehrpläne in sämtlichen Schulfächern sind regelmäßig zu aktualisieren und ein
1358 Bildungskanon für alle Fächer in enger Abstimmung zwischen Schulen und der
1359 Landesschulverwaltung zu entwickeln. Neben den Haupt- und Nebenfächern ist ein Grund-
1360 Wissenstransfer in Fremdsprachen, Geschichte und Politik, Musik und Kunst, Wirtschaft und
1361 Lebensführung und den sog. MINT-Fächern festzulegen.

1362 Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine abgestimmte Schulentwicklung ein und halten die
1363 „Profilbildung“ und die jeweils schulindividuelle Festlegung des pädagogischen Konzeptes für
1364 mindestens anhand von nachprüfbaren Kriterien überarbeitungswürdig. Für Schüler muss es
1365 möglich sein, innerhalb eines Bundeslandes eine Klasse oder eine Schule zu wechseln ohne
1366 ein vollständig anderes pädagogisches Konzept kennenlernen zu müssen. Die nationalen
1367 Bildungsstandards sind in diese Planung einzubinden.

1368

1369 **Klare Werteorientierung in Schule und Ausbildung**

1370 Wir FREIE WÄHLER halten Grundwerte unserer Gesellschaft für unverhandelbar und
1371 glauben, dass diese konsequent eingefordert werden müssen. Es kann nicht sein, dass
1372 Schulkinder keinerlei Respekt vor Eltern oder Lehrern haben. Es kann nicht sein, dass
1373 Mobbing, Gewalt, Drohungen, Beschimpfungen oder Verunglimpfungen auf Schulhöfen ohne

1374 Konsequenzen bleiben. Antisemitische Äußerungen auch im vermeintlichen Spaß,
 1375 erniedrigende Titulierungen mit sexistischem Hintergrund oder die Missachtung der
 1376 Gleichstellung von Mann und Frau im gesamten Kontext unserer Bildungseinrichtungen sind
 1377 auf das Schärfste zu verurteilen und mit einer klaren Haltung zu begegnen. Wir FREIE
 1378 WÄHLER stehen für ein modernes, aufgeklärtes Menschen- und Gesellschaftsbild. Gleichwohl
 1379 halten wir die Vermittlung gegenseitigen Respekts und Wertschätzung, Toleranz und
 1380 Mitmenschlichkeit, Anstand und Ordnung oder von Sekundärtugenden wie Disziplin,
 1381 Pünktlichkeit etc. für wichtig. Die große aktuelle gesellschaftliche Herausforderung besteht
 1382 darin, auch zugezogene Menschen aus anderen Teilen der Welt davon zu überzeugen, dass
 1383 einige Werte wie die Gleichstellung von Mann und Frau, eine gewaltlose Erziehung oder
 1384 unsere Demokratie Grundvoraussetzung unseres Zusammenlebens sind. Diese
 1385 gewachsenen Bedarfe bspw. eine Ausweitung von Fortbildungsangeboten zum
 1386 Konfliktmanagement oder Supervision) sind nicht ohne zusätzliche Finanzmittel als
 1387 pädagogische Aufgabe zu bewältigen.

1388 **Konsequentes Vorgehen gegen Schulschwänzer**

1389 Die Schulpflicht ist in Bremen und Bremerhaven konsequent durchzusetzen und jede Form
 1390 der Schulvermeidung mit Nachdruck zu verfolgen.

1391 **Erwachsenenbildung**

1392 Die Weiterbildung hat einen besonderen Stellenwert und muss gerade aufgrund aktueller
 1393 Herausforderungen wie der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, der Zuwanderung
 1394 und Nachqualifizierung sowie der digitalen Teilhabe und weiteren Alphabetisierung gestärkt
 1395 werden. Hierzu bedarf es einer angemessenen Bezahlung der Lehrkräfte, geeigneter,
 1396 ausreichender Raumkapazitäten mit entsprechender Ausstattung und sinnvoll-zielorientierte
 1397 Inhalte. Wir FREIE WÄHLER setzen uns besonders für folgende Schwerpunkte ein:

- 1398 • Verbindliche Zusammenführung der Aktivitäten aller Ressorts im Bereich der
 1399 Erwachsenenbildung
- 1400
- 1401 • Bessere Vernetzung aller Lernbereiche und Lernorte
- 1402
- 1403 • Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für anerkannte Weiterbildungsträger
- 1404
- 1405 • Angemessene Vergütung der Honorarkräfte
- 1406
- 1407 • Stärkere mediale Präsenz zur Steigerung der Aufmerksamkeit für die
 1408 verschiedenen Weiterbildungsangebote
- 1409

1410 **KUNST UND KULTUR**

1411 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 1412 • **Kultur als Mittelpunkt der Identität einer Gesellschaft und der**
1413 **Stadtentwicklung**
- 1414
- 1415 • **Deutliche Stärkung der kulturellen Bildungs- und Wertevermittlung**
1416
- 1417 • **Übergreifende, langfristige Kulturstrategie für Bremen und Bremerhaven als**
1418 **Zentren in der Metropolregion Nordwest**
1419

1420 Kultur schafft Identität und Zusammenhalt. Zeugnisse der jahrhundertealten Baukultur in den
1421 Hafenstädten Bremen und Bremerhaven, die Tradition des internationalen Austausches im
1422 Hanseraum und die Pflege der regionalen Ess-, Sprach- und Brauchkultur sind
1423 bewahrenswert. Gleiches gilt für eine Aufgeschlossenheit moderner Interpretationen in
1424 Literatur, Kunst, Musik oder Darstellendem Spiel auf der Basis eines fundierten Wissens.

1425 Es braucht einen umfassenden Neubeginn in der Kulturpolitik in Bremen. Ohne den
1426 besonderen Bremer Bürgersinn, der sich schon in besonderer Weise in der Garten- und
1427 Landschaftsarchitektur und im Parkwesen zeigt, könnten diverse Kulturprojekte in Bremen
1428 nicht mehr durchgeführt werden. Stiftungen und Mäzene, Unternehmen und Ehrenamtliche
1429 unterstützen maßgeblich kulturelle Leuchttürme wie die Kunsthalle Bremen, die Deutsche
1430 Kammerphilharmonie Bremen, das Musikfest Bremen und Kulturpreise, aber auch viele
1431 kleinere und größere Kulturprojekte der Freien Szene. In jedem Haushaltsjahr aufs Neue
1432 ringen die Kulturinstitutionen um einen Inflationsausgleich bei den Personalkosten, jede
1433 Instandhaltungsmaßnahme und jede Marketingaufwendung. Unzählige Akteure buhlen um
1434 Fördertöpfe nicht nur der Kulturbehörde, sondern auch der Wirtschaftsförderung oder um
1435 Projektmittel bei Ausgaben für Soziales oder Bildung. Bremer Künstler müssen eher Fachleute
1436 in der Förderantragstellung, denn kreative Kulturschaffende sein und leben allzuoft an der
1437 Armutsgrenze.

1438 Der Präsident des Senats ist in Bremen seit einigen Legislaturen zugleich Senator für Kultur.
1439 Dies könnte der Kultur den ihr gebührenden besonderen Status schenken. Außer Grußworten
1440 unter Betonung eines hohen Stellenwertes ist eine wegweisende Kulturstrategie jedoch
1441 zumindest nicht erkennbar. Kulturakteure werden jeweils vor Wahlen besonders hofiert, um
1442 nach der Wahl wieder in den Kampf um begrenzte Mittel einzusteigen. Eine Prioritätensetzung
1443 ist ebenso wenig kaum erkennbar, wie eine ressortübergreifende Strategie zur Stärkung
1444 kultureller Werte und der Berücksichtigung eines Kulturbegriffes in der Stadtentwicklung.

1445

1446 Das Bremen und Bremerhaven überhaupt noch über ein so reichhaltiges kulturelles Angebot,
1447 eine lebendige Kultur- und Kreativszene und international anerkannte Leuchttürme verfügen,

1448 liegt insbesondere an dem Einfallsreichtum, der Widerstands- und Leidensfähigkeit der
1449 Menschen in unseren Städten.

1450 **Kunst und Kultur sind frei**

1451 Für uns FREIE WÄHLER ist die Kunstfreiheit kein Lippenbekenntnis. Es sind jegliche
1452 ideologische Einflussnahmen auch durch die politische Förderpolitik zu verhindern.

1453 **Umfassende Reform der Förderpolitik**

1454 Wir wollen mehr Transparenz in der bundesweiten und regionalen Kulturförderpolitik. Die Fülle
1455 der Förderinstrumente ist unüberschaubar und gerade in Bremen auf unterschiedliche
1456 Ressorts verteilt. Private, gleichwohl durch Jury-, Ausschuss- und Beirats-Besetzungen stark
1457 politisch geprägte Initiativen wie „Bremen-macht-Helden“ der Sparkasse Bremen, der „SWB-
1458 Bildungsinitiative“ oder die weiteren diversen Kulturförderkreise, Stiftungen etc. sind in die
1459 Entwicklung einer umfassenden kulturellen Langzeit-Strategie frühzeitig einzubinden.

1460 Es braucht einen einheitlichen Ansprechpartner beim Senator für Kultur unterstützt durch ein
1461 Experten-Team zur Umsetzung der ressortübergreifenden, langfristigen Neupositionierung der
1462 kulturellen Leitlinien für Bremen und Bremerhaven. In neutraler, ideologiefreier Weise würden
1463 hier ähnlich der „Existenz-Gründungsförderung“ die Fäden hinsichtlich der Nutzung
1464 europäischer, nationaler und regionaler Fördermöglichkeiten privater und öffentlicher
1465 Unterstützer zusammenlaufen.

1466 Der Kulturetat ist von sämtlichen Jugendhilfe- und Sozialmaßnahmen zu entrümpeln und eine
1467 klare Verantwortungsstruktur zu etablieren.

1468 **Klare, langfristig angelegte Kulturstrategie**

1469 Wir FREIE WÄHLER stehen für eine langfristig angelegte Kulturstrategie im Austausch mit der
1470 Region. Kultur gehört in den Mittelpunkt der Gesellschaft und somit ressortübergreifend in
1471 einen klaren Handlungszusammenhang.

1472 Hierzu erarbeiten wir gemeinsam mit den Kulturakteuren ein überzeugendes Leitbild für die
1473 Zwei-Schwestern-Kulturstadt Bremen in den nachfolgend aufgeführten Bereichen:

- 1474 • Pflege, Erhalt und Weiterentwicklung des baukulturellen Erbes sowie der Grün-
1475 und Erholungsflächen im Landesgebiet; Stärkung des Denkmalschutzes und
1476 Verringerung der Voraussetzungen für den Beschluss von Erhaltungssatzungen
1477 im Stadtgebiet, denn Bestandspflege und Sanierung haben absoluten Vorrang vor
1478 Abriss und Neubau in renditeorientierter Bauweise
- 1479 • Förderung der Sprachkultur als Grundvoraussetzung eines
1480 generationenübergreifenden, interkulturellen Austausches auch unter
1481

- 1482 Berücksichtigung regionaler Dialekte („Nieder-Deutsch“, „Platt-Dütsch“) und
 1483 Offenheit für andere Sprachen unter Einbindung der in Bremen ansässigen
 1484 Institutionen wie dem Instituto Cervantes, Institut Francais, dem GOETHE-Institut,
 1485 dem Konfuzius-Institut
 1486
- 1487 • Kulturelle Bildungsvermittlung als zentrale Aufgabe der Kulturpolitik
 1488
 - 1489 • Deutliche Stärkung der kulturellen Bildungsvermittlung und verbindliche
 1490 Einbeziehung der Kultureinrichtungen in den Aufbau eines übergreifenden
 1491 Konzeptes in der Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Kulturinstitutionen mit
 1492 konkreten Handreichungen, Zielsetzungen und ausreichender finanzieller
 1493 Ausstattung
 1494
 - 1495 • Klare Dachmarken-Strategie des Kulturstandortes mit seinen Schwerpunkten und
 1496 einheitliche Vermarktungs-Aktivitäten in sämtlichen Genres
 1497
 - 1498 • Aufbau geeigneter Formate und Nutzung von Synergien durch Vernetzung der
 1499 Kulturakteure und den wissenschaftlichen Einrichtungen wie bspw. der
 1500 Hochschule für Künste
 1501
 - 1502 • Barrieren für den Zugang zu Bibliotheken, Konzerten, Theateraufführungen,
 1503 Literaturveranstaltungen, Mitmach-Aktionen, Festivals uvm. abbauen und
 1504 aktivierende Angebote zu entwickeln (z.B. durch kostenlose Sonntagsöffnungen,
 1505 Ausbau der Kulturangebote der Volkshochschule)
 1506

1507 **Reform des öffentlichen Rundfunks**

1508 Wir FREIE WÄHLER stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er gewährleistet eine
 1509 flächendeckende Berichterstattung und bietet Raum für verschiedene Wertvorstellungen,
 1510 Meinungen, Ansichten und Lebenseinstellungen. Die Gremien des Rundfunks sind politisch
 1511 besetzt. Wir sind der Meinung, dass dies eine objektive, parteipolitisch neutrale
 1512 Berichterstattung und Kommentierung beeinflusst. Wir fordern daher eine Besetzung mit
 1513 sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern ohne Parteien.

1514 Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine Beendigung prekärer Beschäftigung im öffentlichen
 1515 Rundfunk ein.

1516 **Print-Medien und Büchervielfalt stärken**

1517 Für die FREIEN WÄHLER genießen Print-Medien und Bücher eine besondere
 1518 Wertschätzung, die es durch geeignete Förderung und Unterstützung besonders im
 1519 Fortbestand zu sichern gilt.

1520 **Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft**

1521 In Bremen gibt es eine lebendige Szene an Akteuren in der Kultur- und Kreativwirtschaft.
 1522 Vom Filmwesen bis zu freischaffenden Tonkünstlern oder Event-Veranstaltern und

1523 Gastronomen gibt es ein sehr hohes kreatives Potential. Mit viel Herzblut und Engagement
1524 werden Aktivitäten umgesetzt, die aus der Politik Unterstützung erhalten muss.

1525 **Rücksichtnahme und Toleranz**

1526 Die FREIEN WÄHLER erfreuen sich an einer vielfältigen Jugendkultur und deren Bedürfnis
1527 nach fröhlicher Begegnung. Für ein generationenübergreifendes gedeihliches
1528 Zusammenleben ist es jedoch unverzichtbar, sich auch auf bestimmte Regeln zu einigen.
1529 Toleranz und Rücksichtnahme sind bei Freiluft-Partys und Abendveranstaltungen von
1530 besonderer Bedeutung. Alltagskultur ist es nicht, pöpelnd, grölend und wildpinkelnd durch
1531 Parks und Straßen zu ziehen. Hier setzen wir uns für eine konsequente Eindämmung
1532 solcher Tendenzen ein.

1533 **ARBEIT UND WIRTSCHAFT**

1534 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 1535 • **Wir FREIE WÄHLER stehen für einen offenen, konstruktiven Dialog mit der**
1536 **Wirtschaft, Kammern und Verbänden, Unternehmen und Selbständigen,**
1537 **Gewerkschaften und Sozialverbänden**
- 1538
- 1539 • **Eine einseitige Wachstumsorientierung lehnen wir jedoch ab und stehen für**
1540 **eine werteorientierte, bürokratiearme, freie und soziale Marktwirtschaft**
- 1541
- 1542 • **Bremen und Bremerhaven müssen eine klare Vorstellung und**
1543 **Rahmenplanung für eine positive Standortentwicklung unter besonderer**
1544 **Berücksichtigung der Menschen in unseren Städten entwickeln, dies reicht**
1545 **von einem nachhaltigen Zentren- und Nebenzentrenkonzept über eine**
1546 **aktivierende Tourismusstrategie bis hin zu einer vernünftigen**
1547 **Gewerbeflächenentwicklung**
- 1548
- 1549 • **Besonders liegen uns die regionale Mittelstandsstruktur, die**
1550 **Handwerksbetriebe und der lokale Einzelhandel am Herzen, die unserer**
1551 **besonderen Förderung bedürfen**
- 1552
- 1553 • **Wir stehen für eine nachhaltige Wirtschaft mit dem Ziel, ein erfolgreiches,**
1554 **verantwortliches, soziales und umweltverträgliches Wirtschaftssystem zu**
1555 **stärken**
- 1556
- 1557 • **Als Logistikstandorte sind Bremen und Bremerhaven in besonderer Weise**
1558 **auf eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur angewiesen**
- 1559
- 1560 • **Mit sinnvollen Maßnahmen wie Fort- und Weiterbildung, Sprach- und**
1561 **Wertevermittlung, verbindlichen, respektvollen Absprachen sowie einer**
1562 **aktivierenden Arbeitsmarktpolitik sind die Menschen in unseren Städten**
1563 **dabei zu unterstützen, am allgemeinen Aufschwung genauso teilzuhaben**
1564 **wie im teilweise zerstörerischen Wandel in einzelnen Branchen zu bestehen**
1565

1566 Seit einigen Jahren erlebt das Bundesland Bremen statistisch ein deutliches
1567 Wirtschaftswachstum. Der Senat spricht von einer „Wachsenden Stadt“. Gleichwohl ist

1568 Bremen in nationalen Vergleichsstudien und Statistiken Schlusslicht in der Bekämpfung von
1569 Kinderarmut und hat eine gefestigte überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und sehr hohe
1570 Quote an Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

1571 Statt eines umfassenden Innenstadt-Konzeptes unter Berücksichtigung von Gemeinwohl-
1572 Belangen, werden diverse externe „Spezialisten“ zu einem Mega-Event geladen, die dann
1573 Ideen wie Zeppelin-Rundflüge vom Kaufhausdach entwickeln. Während die Anrainer ein
1574 umfassendes Konzept zur Domshofgestaltung erarbeiten, welches senatsseitig auf
1575 Wiedervorlage gelegt wird, entscheidet der Bürgermeister, dass die Domsheide aufgehübscht
1576 werden soll. Eine strategische Innenstadtentwicklung, die für alle Menschen mit ohne
1577 Beeinträchtigungen und generationenübergreifend attraktiv ist, sieht deutlich anders aus.

1578 Ähnliche Schildbürgerstreiche auf Kosten des Standortes sind in nahezu allen
1579 Gewerbegebieten zu erleben. Einer der größten Logistik-Standorte Europas das
1580 Güterverkehrszentrum wartet genauso seit Jahren auf den Ringschluss der A281 wie
1581 Bremerhaven auf eine sinnvolle, nachhaltige Weiterentwicklung der Hafeninfrastruktur.
1582 Modernste High-Tech-Standorte erleben täglich ein Verkehrsdesaster oder warten auf eine
1583 Hochleistungs-Breitbandversorgung.

1584 Neben erfolgversprechenden Konzepten wie dem Landestourismuskonzept (www.ltk2025.de)
1585 oder imagefördernden Veranstaltungen wie dem Raumfahrtkongress im Jahr 2018, wurden
1586 weitere übergreifende Themen politisch befördert, die größtenteils an den tatsächlichen
1587 Herausforderungen vorbeigehen (siehe Innenstadtkonzept oder die sog. „Zukunftskommission
1588 Bremen“ u.a.). Das Image des Landes Bremen wird in Vergleichsstudien als eher schwach
1589 eingestuft und das Bevölkerungswachstum erfolgt ausschließlich durch einen Zuzug von
1590 Flüchtlingen und aus der EU-Binnenwanderung. Wie in anderen Politikfeldern (Arbeitsmarkt,
1591 Bildung, Verkehr u.a.) fehlt auch in der Wirtschaftspolitik eine übergreifende Gesamtplanung
1592 und eine Vision für die Weiterentwicklung des Landes Bremen. Stattdessen werden im
1593 aufziehenden Wahlkampf Versprechungen zum Landesmindestlohn im öffentlichen Dienst
1594 gemacht, deren Forderung im Grunde bereits den Skandal beinhaltet, dass es offenbar
1595 tatsächlich Bereiche im öffentlichen Dienst oder bei öffentlichen Auftragnehmern gibt, die ihre
1596 Mitarbeiter derart schlecht bezahlen. Richtig ist, dass der Staat selbstverständlich aus
1597 moralischen Gründen verpflichtet ist, nicht nur seine Beschäftigten, sondern vielmehr z.B.
1598 Auszubildende in der Geburtshilfe oder in Kindertagesstätten überhaupt zu vergüten bzw. in
1599 der Pflege und Gesundheitsversorgung angemessen zu bezahlen. Hier heißt es für den Staat
1600 vorbildliche, ordentliche Arbeitsbedingungen herzustellen und nicht mit plakativen
1601 Forderungen im Wahlkampf kostenlose Schwimmbäder, kostenlosen ÖPNV und höhere
1602 Mindestlöhne zu versprechen, die nach der Wahl sämtlich nicht eingehalten werden können.

1603 **Guter und gleicher Lohn für gute Arbeit**

1604 Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass Männer und Frauen für die
1605 gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten und eine gute Leistung der Arbeitnehmer anständig
1606 und fair bezahlt wird. Die Marktmacht des Staates im öffentlichen Vergabesektor und eine
1607 klare Haltung zu Lohn-Dumping, Scheinselbständigkeit und der Eingrenzung der Leiharbeit
1608 sowie prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind dafür zu nutzen, dass verantwortliches
1609 Unternehmertum gefördert wird.

1610 **Entwicklung eines übergeordneten Rahmenplanes für die Wirtschaftsentwicklung**

1611 Wir FREIE WÄHLER halten es für dringend erforderlich, gemeinsam mit den handelnden
1612 Akteuren in einem konstruktiven, ideologiefreien Austausch einen Rahmenplan auf der Basis
1613 der von der Handelskammer Bremen Bremerhaven und der Arbeitnehmerkammer vorgelegten
1614 Zukunftskonzepte für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens zu entwickeln. Vorrangige Ziele
1615 eines solchen Rahmenplanes sind eine Aktivierung der Menschen für ihren gesellschaftlichen
1616 Beitrag, eine angemessene Planung und Umsetzung von Infrastrukturvorhaben sowie ein
1617 gesundes, wertorientiertes Wirtschaftswachstum.

1618 **Stärkung des lokalen Einzelhandels und regionaler Handwerksbetriebe**

1619 Der Einzelhandel steht vor besonderen Herausforderungen im Zeitalter weltweiter
1620 Warenströme, des Online-Handels und der Marktmacht großer internationaler und nationaler
1621 Konzerne. Viel zu lange und bis heute wurden kleine und große Einkaufszentren auf der grünen
1622 Wiese gefördert, statt die gewachsenen Einkaufsstrassen zu fördern. Discounter, Getränke-,
1623 Textil- oder Drogeriefilialisten wurden oftmals nicht intelligent und nachhaltig in Einkaufszonen
1624 integriert, sondern an verkehrsgünstige Ränder verlegt. Ob in der Hemelinger Bahnhofstraße,
1625 der Föhrenstraße, der Mühlenstraße in Blumenthal oder diversen Heerstraßenzügen in der
1626 ganzen Stadt ist zu besichtigen, was passiert, wenn räumlich falsche Entscheidungen
1627 getroffen werden. Ein hoher Leerstand, Einzug von Spielhallen, Kiosken und Imbissbetrieben.
1628 Die noch vorhandenen funktionierenden Straßenzüge, die eine umfangreiche Nahversorgung
1629 ermöglichen wie beispielsweise die Hemmstraße in Findorff, die Wachmannstraße in
1630 Schwachhausen, die Geschäftsstraßen in der Neustadt, im Viertel oder in Vegesack sind
1631 nachhaltig zu unterstützen. Durch abgestimmte Marketing- und Werbemaßnahmen sowie eine
1632 Bestandsschutzsicherung auch durch eine auf Erhalt bedachte Flächengenehmigungspolitik
1633 für Filialisten.

1634 Die investorenfreundliche Genehmigung von Einkaufszentren in den Randbezirken wie das
1635 Hansa-Carree, das Werder-Karree, das Walle-Center, das Haven-Hööv't haben nicht nur die
1636 bereits vorhandenen Einkaufszentren wie das EKZ Berliner Freiheit, das Roland-Center oder
1637 die Innenstadt geschwächt, sondern machen sich gegenseitig Wettbewerb um eine PKW-
1638 affine Kundschaft, die mit zunehmendem Wohlstand in die Groß-Einkaufszentren nach

1639 amerikanischem Vorbild wie den Weser-Park oder die Water-Front bzw. gleich zu Dodenhof
1640 abwandert. Die FREIEN WÄHLER setzen sich für einen mittelfristigen Rückbau nicht
1641 funktionierender bzw. rückläufiger Einkaufszentren ein. Es muss frühzeitig mit den
1642 Ankermietern über deren Auslaufen der Mietverträge in Kontakt getreten werden, um die
1643 kleineren Händler, Geschäfte und Gastronomiebetriebe zu schützen.

1644 Eine weitere Herausforderung für die Nebenzentren ist die fortschreitende Schließung von
1645 Bankfilialen und der Polizeireviere. Wir FREIE WÄHLER setzen uns nachdrücklich für einen
1646 Erhalt der Polizeireviere in den Stadtteilen ein und werden uns mit allen politischen
1647 Möglichkeiten dafür einsetzen, dass gerade die regionalen Sparkassen und Volksbanken eine
1648 wohnortnahe Versorgung mit Bankdienstleistungen für alle Generationen zur Verfügung
1649 stellen.

1650 Gerade Handwerksbetriebe leiden erheblich unter dem fortschreitenden Fachkräftemangel,
1651 der teilweise erheblichen Bildungs- und Orientierungsdefizite bei jungen Menschen und einer
1652 mitunter überbordenden Bürokratie. Insofern sind konsequente Investitionen in die Bildung und
1653 Ausbildung junger Menschen die beste Sicherung einer positiven Zukunft im Handwerk. Wir
1654 FREIE WÄHLER stehen für eine deutliche Qualitätssteigerung sämtlicher
1655 Bildungsanstrengungen und einen konsequenten Abbau von nicht unbedingt notwendigen
1656 bürokratischen Forderungen.

1657 **Verpflichtende Betriebspraktika und wirtschaftliche Grundlagenbildung**

1658 Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass an allen weiterführenden Schulen in Bremen
1659 sinnvoll vor – und nachbereitete Betriebspraktika zum Standard gehören und grundlegende
1660 Kenntnisse über unterschiedliche Mindest-Berufsanforderungen, unternehmerische
1661 Grundlagen und ein Wirtschaftsbasiswissen in den Schulen erteilt werden.

1662 **Sachgerechte Vergabeentscheidungen der öffentlichen Hand**

1663 In Bremen werden allzuoft Investitionsentscheidungen der öffentlichen Hand allein auf Basis
1664 des vermeintlich günstigsten Preises erteilt. Dies wird wiederum häufig durch
1665 „unvorhergesehene“ Preissteigerungen, Konflikte über Nachforderungen oder eine
1666 mangelhafte, weil nicht „Preis-Wert-adäquate“ Ausführung bestraft. Es sind demnach
1667 geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um eine Entscheidung nicht allein anhand des Preises,
1668 sondern durch alternative Methoden bspw. dem „Schweizer-Modell“, wonach der jeweils
1669 Zweitgünstigste Anbieter den Auftrag erteilt bekommt, zu treffen.

1670 **Tourismusstandort stärken**

1671 Bremen und Bremerhaven sind attraktive Ziele für den wachsenden Markt des
 1672 Städtetourismus. Das im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungsprozesses erarbeitete
 1673 Landestourismuskonzept 2025 ist umzusetzen. Die Hotelkapazitäten sind marktgerecht und
 1674 zielgruppenorientiert weiter zu entwickeln. Wir FREIE WÄHLER sehen die Aktivitäten von
 1675 „privaten“ Übernachtungsplattformen wie „AIR BNB“ kritisch. Die Stadtentwicklung und
 1676 insbesondere die Innenstadtentwicklung sind vorrangig an den Bedürfnissen der Bremer
 1677 Bürger zu messen und dann an den Interessen von Touristen und Gästen.

1678 **Gewerbegebiete nachhaltig und übergreifend fortentwickeln**

1679 Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass auch bestehende, aus dem Fokus geratene
 1680 Gewerbegebiete in den Randbezirken in den Blick genommen werden. Im Rahmen eines
 1681 Gesamt-Standortplanes sind diese Gebiete an moderne Standards anzupassen. Durch eine
 1682 sinnvolle, nachhaltige Weiterentwicklung dieser Gebiete können Reserven gehoben werden,
 1683 die eine weitere Flächenversiegelung zur Gewerbeflächenausweisung auf dem Landesgebiet
 1684 von Bremen beschränken könnten. Wir FREIE WÄHLER halten eine überregionale
 1685 Abstimmung über Infrastrukturprojekte, die Ansiedlungspolitik und den übergreifenden
 1686 Kompetenzaufbau- und austausch über die Landesgrenzen hinaus insbesondere in der
 1687 Entwicklung in der Metropolregion Nordwest für überragend wichtig und wollen unsinnigen
 1688 Wettbewerb und Doppel-Strukturen verhindern.

1689 Flächendeckend und planvoll ist in Bremen und Bremerhavens Gewerbegebieten eine
 1690 adäquate, moderne Verkehrsinfrastruktur und Breitbandversorgung sicherzustellen.

1691 Insbesondere die Verkehrs- und Hafeninfrastruktur sind in Bremen und Bremerhaven
 1692 langfristig und nachhaltig zu entwickeln, so dass sich Fehlplanungen und vermeidbare
 1693 Verkehrsinfarkte wie in der Bremer Überseestadt nicht wiederholen.

1694 **„Cluster-Strategie“ und „Wirtschaftsförderung“ überarbeiten und neu ausrichten**

1695 Die Regierungsparteien haben mit ihrer sog. „Cluster-Strategie“, der uneinheitlichen
 1696 Wirtschaftsförderungsstruktur und enormen Investitionen in einzelne Branchenvertretungen
 1697 wie „ViaBremen“ oder „WAB e.V.“ oder „AVIABELT“ ein breites Geflecht aus
 1698 Interessenvertretungen geschaffen.

1699 Zielsetzung muss es sein, die „Cluster-Strategie“ und die Wirtschaftsförderung auf wesentliche
 1700 Aufgaben zu konzentrieren und die Lobbyarbeit in die Verantwortung der
 1701 Unternehmensverbände zurückzuführen. Die Politik muss nachvollziehbare
 1702 Rahmenbedingungen und eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung stellen. Allzuoft
 1703 dienen die Lobby- und Interessenverbände einer unsäglichen Vermischung von Politik und

1704 Wirtschaft und der Machtverschiebung von den demokratischen Strukturen hin zu
1705 unkontrollierbaren Eigenleben dieser neu geschaffenen Institutionen.

1706 **Wissenschaftsstandort weiter entwickeln**

1707 Die Universitäten und Hochschulen im Land Bremen sind zu stärken. Die Universität Bremen
1708 ist in ihren Bemühungen zur Wiedererlangung des Exzellenz-Status zu unterstützen, ohne
1709 dass dies zu Lasten des Lehr- und Forschungsbetriebs geht. Vielmehr müssen gleichzeitig die
1710 Bereiche Forschung und Lehre in sämtlichen Fachrichtungen gestärkt und ausreichend
1711 finanziell ausgestattet werden.

1712 Die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven, die Fachhochschulen und Berufsakademien
1713 sowie die privaten Universitäten und Ausbildungsstätten genießen teilweise international
1714 allerhöchste Anerkennung. Von der privaten Jacobs-University, die Hochschule für Künste mit
1715 ihrer international bedeutenden Akademie für Alte Musik, die Hochschule für öffentliche
1716 Verwaltung, die Deutsche Verkehrs- und Außenhandelsakademie oder auch die
1717 Verkehrsfliegerschule der LUFTHANSA sind genauso wie die Hochschule Bremen und die
1718 Hochschule Bremerhaven in ihren jeweiligen Anstrengungen zur individuellen
1719 Weiterentwicklung zu unterstützen.

1720 **Existenzgründungsförderung reformieren**

1721 Es haben sich in den vergangenen Jahren extrem unübersichtliche
1722 Existenzförderungsstrukturen etabliert, die wiederum diverse Doppel-Strukturen und nicht
1723 nachvollziehbare Verantwortlichkeiten hervorgebracht haben.

1724 Regionale Banken sollten vielversprechende Gründer aus Sicht der FREIE WÄHLER mit
1725 Bankkrediten ausstatten, wenn sie deren Geschäftsmodell für aussichtsreich halten. Wenn
1726 sich hierfür einheitliche Standards wie die Erstellung einer geeigneten Planung als sinnvolle
1727 Werkzeuge zur Verschaffung einer fundierten Einschätzung durch die Banken herausbilden,
1728 ist dies Sache der Banken.

1729 Eine Wirtschaftsförderung sollte ihre Aufgabe darauf beschränken, eine aktive
1730 Ansiedlungspolitik und gute Rahmenbedingungen für eine Gründungskultur zu schaffen. Eine
1731 Prüfung einfachster, leicht nachvollziehbarer Konzepte, die entweder tragfähig erscheinen
1732 oder eben nicht, bedarf keiner diversen Aufbaubanken, Beteiligungsformate,
1733 Kapitalbeteiligungsmodelle uvm. Bereits bei relativ geringen Darlehensanfragen bei
1734 Geschäftsbanken ziehen diese sämtliche öffentlichen Fördermöglichkeiten in Betracht und
1735 verschieben die Verantwortung (und oftmals die Haftung) auf die öffentliche Hand (Bremer
1736 Aufbaubank, Bürgschaftsbank Bremen, KfW etc.). Solange in Deutschland diese
1737 Förderstruktur etabliert ist, heißt es zumindest regional die Strukturen so einfach wie möglich

1738 zu gestalten und nicht noch zusätzlich diverse Förderinstrumente zu schaffen. Insofern sind
 1739 sämtliche Existenzgründungs-Unterstützungsinitiativen in Bremen und Bremerhaven zu
 1740 durchforsten und erheblich zu verschlanken.

1741 **Umfassender Bürokratieabbau und schlanke Genehmigungsverfahren**

1742 Wir FREIE WÄHLER stehen für einen umfassenden Bürokratieabbau auf allen staatlichen
 1743 Ebenen und eine Verschlinkung aller Prozesse und Genehmigungsverfahren. Unnötige
 1744 Statistik-, Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Meldepflichten sind auf ein Minimum zu
 1745 reduzieren. Anträge bspw. für Transport-Ausnahmegenehmigungen, Planungen öffentlicher
 1746 Veranstaltungen wie Freimarkt, Weihnachtsmarkt etc. sind zügig, frühzeitig und konstruktiv zu
 1747 bearbeiten.

1748 **Überprüfung der Subventionen für Qualifizierungsgesellschaften**

1749 In Bremen gibt es eine ganze Reihe von stark geförderten Qualifizierungsgesellschaften.
 1750 Diese müssen sich aus Sicht der FREIEN WÄHLER einer jährlichen, konsequenten Kontrolle
 1751 unterziehen und Erfolge nachweisen beispielsweise in Form von Prüfungsnachweisen oder
 1752 Vermittlungen in den Arbeitsmarkt.

1753 **Spielhallen und Wettbüros beschränken**

1754 Gerade in Stadtteilen mit sozialen Herausforderungen finden sich in Bremen und Bremerhaven
 1755 verstärkt Spielhallen und Wettbüros. Die Automatenwirtschaft hat in Deutschland eine sehr
 1756 starke politische Lobby, obschon aus der Glücksspielsucht diverse soziale und familiäre
 1757 Spannungen entstehen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine deutlich strengere
 1758 Reglementierung der legalen Glücksspielmöglichkeiten und eine Beschränkung der
 1759 Konzessionen ein.

1760 **SICHERHEIT UND RECHTSSTAAT**

1761 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 1762 • **Keine Revierschließungen bzw. Wiedereinrichtung der Reviere in den**
 1763 **Stadtteilen; Reform der Polizeireform 2600, zeitnahe Besetzung der 100**
 1764 **Kontaktpolizistenstellen**
- 1765 • **Personalaufstockung auf 3.000 Polizeibeamte und Anschaffung einer**
 1766 **zeitgemäßen, angemessenen technischen Ausstattung sowie angemessene**
 1767 **Wertschätzung für die Einsatzkräfte auch durch angemessene Gehälter und**
 1768 **Zulagen**
- 1769 • **Wiederherstellung der inneren Sicherheit und der damit verbundenen**
 1770 **Lebensqualität sowie konsequente Verhinderung rechtsfreier Räume und**
 1771 **schwerer (Banden-) Kriminalität**
 1772
 1773

- 1774
 1775 • **Ausreichende Personalaufstockung bei Gerichten und**
 1776 **Staatsanwaltschaften sowie angemessene Investitionen in eine moderne**
 1777 **technische Ausstattung**
 1778
 1779 • **Effektive und zeitnahe Prozesseinleitung, konsequente Bestrafung von**
 1780 **Straftätern**
 1781
 1782 • **Aufbau einer zielführenden Präventionsmethodik**
 1783

1784 Nach unserem Eindruck sieht sich die Mehrheit der Bürger in Bremen und Bremerhaven
 1785 nicht mehr ausreichend geschützt. Dies wollen wir dringend und umfassend ändern.

1786 Die personelle und materielle Ausstattung der Polizei in Bremen ist seit Jahren
 1787 unzureichend. Diese Defizite machen sich in entscheidenden Bereichen der Polizeiarbeit
 1788 bemerkbar. Nicht einmal die Hälfte der Fälle im Jahr 2017 (48,5%) konnten aufgeklärt
 1789 werden. Die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen dümpelt seit Jahren bei
 1790 desaströsen 6% herum. Von den für die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der
 1791 Bürger*innen in den Stadtteilen so wichtigen 100 Kontaktpolizistenstellen (KoP-Stellen)
 1792 sind aktuell nur 57 besetzt. Tausende Ermittlungsvorgänge liegen auf Halde. Es besteht
 1793 keinerlei Aussicht, dass der Berg von 330 000 Überstunden jemals abgebaut wird, wenn
 1794 nicht wesentlich mehr Personal als bislang geplant eingestellt wird. Über
 1795 Demotivierungstendenzen des Personals darf man sich da nicht wundern. Und das alles bei
 1796 heute steigenden Anforderungen an Polizeiarbeit aufgrund von wachsender organisierter
 1797 Kriminalität von ethnischen Clans, Mafia- und Terrorgruppen und der hohen Internet-,
 1798 Einbruchs- und Straßenkriminalität. Fehler in der Personalplanung in den letzten Jahren
 1799 verschärfen die Situation. Die Regierungsparteien haben eine Polizeireform vorgelegt, die
 1800 das Sicherheitsempfinden der Bürger eher noch weiter verschlechtern dürfte. So sollen
 1801 zukünftig nur noch 10 Reviere in den Stadtteilen erhalten bleiben.

1802 Ähnlich verhält sich die Situation bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die Berge von
 1803 abzuarbeitenden Fällen und ein hoher Erledigungsdruck führen zu Fehlern. Die Höhe der
 1804 Zahl der Altbestände von Prozessakten ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen (von
 1805 ca. 9.000 im Jahr 2013 auf bis zu 11.000 im Jahr 2017). Daraus resultieren dann viel zu
 1806 lange Zeiträume zwischen Tatzeit und Gerichtsverhandlung. Geplante Neueinstellungen im
 1807 Justizbereich scheitern an im Vergleich zu anderen Bundesländern geringeren
 1808 Besoldungsangeboten. Im Ergebnis führt die Überlastung der Gerichte zu einer weiteren
 1809 negativen Wahrnehmung der Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates. Straffällige Täter
 1810 werden nicht wirksam bekämpft.

1811 Die Präventionsarbeit ist offenkundig nicht ausreichend und dringend reformbedürftig.

1812 **Reform der Polizeireform 2600**

1813 Wir FREIE WÄHLER unterstützen eine technische Aufrüstung des Polizeiapparates, um
1814 den gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können. Aufgrund digitaler Technik
1815 lassen sich sinnvoll Aufgaben zentralisieren. Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung von
1816 zentralen Verbrechensbekämpfungseinheiten.

1817 Den aktuellen Entwurf der Polizeireform und eine Schließung von Revieren in den
1818 Stadtquartieren lehnen wir ab. Vielmehr müssen die Stellen der insgesamt 100
1819 Kontaktpolizisten dringend kurzfristig besetzt werden. In jedem Revier muss es eine
1820 ausreichende personelle Ausstattung mit Kontakt- und Beratungsangeboten geben, auch
1821 um die speziellen Orts- und Milieukenntnisse zu erhalten.

1822 Wir fordern eine Personalaufstockung im Polizeiapparat auf 3.000 Beamte, eine
1823 angemessene, moderne Ausrüstung und eine sachgerechte Organisationsstruktur in allen
1824 Stadtteilen, um die innere Sicherheit und Lebensqualität nachhaltig sicherzustellen. Es
1825 muss sichergestellt werden, dass die tariflich vereinbarten Erhöhungen die Beschäftigten
1826 auch erreichen.

1827 **Konsequente Bekämpfung rechtsfreier Räume**

1828 Polizei und Justiz müssen mit aller Entschlossenheit und Effektivität gegen rechtsfreie
1829 Räume in Bremen und Bremerhaven vorgehen. Dazu gehört eine konsequente und
1830 effektive Verfolgung insbesondere der Clan-Kriminalität, Geldwäsche, Gewaltkriminalität,
1831 Menschenhandel und illegaler Prostitution.

1832 **Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols**

1833 Wir FREIE WÄHLER lehnen Bürgerwehren oder ähnliches nachdrücklich ab und wollen,
1834 dass der Staat sein Gewaltmonopol wirksam durchsetzt.

1835 **Ausreichende und sachgerechte Ausstattung von Gerichten und** 1836 **Staatsanwaltschaften**

1837 Die Überlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist dringend und kurzfristig zu
1838 korrigieren. Durch geeignete organisatorische Maßnahmen und die Neueinstellung von
1839 Fachkräften ist der Justizapparat in enger Abstimmung mit den Bedarfsanmeldungen der
1840 Institutionen und deren Arbeitnehmervertretungen arbeitsfähig aufzustellen. Die
1841 Besoldungsbedingungen sind auf das Niveau der anderen Bundesländer anzupassen und
1842 die Arbeitsabläufe so zu gestalten, dass der Rechtsstaat wieder reibungslos und zeitnah
1843 auf seine Beanspruchung reagieren kann.

1844 **Stärkung des Verfassungsschutzes**

1845 Aufgrund neu entstandener Herausforderungen u.a. aus der Digitalisierung sind die
 1846 entsprechenden Analyse – und Bearbeitungsmöglichkeiten in der Bekämpfung links- und
 1847 rechtsradikaler Bedrohungen deutlich zu stärken. Der Verfassungsschutz ist demnach
 1848 materiell und personell bedarfsgerecht und wirksam auszustatten.

1849 Gerade auch der politische Salafismus erfordert in Bremen eine genaue Beobachtung und
 1850 wirksame Bewältigung. Bremen darf nicht weiter Hochburg solcher Tendenzen wegen einer
 1851 augenscheinlich unterfinanzierten und organisatorisch nicht ausreichend ausgestatteten
 1852 Polizei und Justiz sein.

1853 **Überprüfung der Präventionspolitik**

1854 Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine aktive und zielführende Präventionspolitik ein.
 1855 Nach einer umfassenden Überprüfung der bisherigen Strukturen ist eine geeignete
 1856 Methodik zu entwickeln, um unsere Werteordnung frühzeitig, einbindend und ernsthaft zu
 1857 vermitteln.

1858 **FLÜCHTLINGE UND MIGRATION**

1859 **Unsere Grundpositionen und Ziele:**

- 1860 • **Das Recht auf Asyl darf in keinem Fall beschnitten werden.**
- 1861 • **Asyl ist im Großen und Ganzen ein Bleiberecht auf Zeit.**
- 1862 • **Wir setzen uns für eine faktengetreue Bestandsaufnahme der Probleme der**
 1863 **Zuwanderung ohne Vertuschungen und Beschönigungen ein.**
- 1864 • **Schnelle Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes.**
- 1865 • **Nachverhandlungen beim Uno-Migrationspakt sind notwendig.**
- 1866 • **Behutsamkeit und Augenmaß bei der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen in**
 1867 **Bremen**

1868 Asyl ist Bleiberecht auf Zeit. Durch Verfolgung und wirtschaftliche Not in vielen Teilen der
 1869 Welt verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Die Länder Europas und insbesondere
 1870 Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft als Ziel gewaltiger Wanderungsbewegungen
 1871 aus Afrika und dem Nahen Osten aus. Bei aller Hilfsbereitschaft können wir diese Krise nicht
 1872 durch dauerhafte Zuwanderung unter Berufung auf das Asylrecht bewältigen. Asyl ist ein
 1873 Bleiberecht auf Zeit und muss es im Großen und Ganzen auch bleiben. Die Chancen auf ein
 1874 Bleiben über ein Einwanderungsrecht müssen fallweise gegeben sein, wo eine Aussicht auf
 1875 Rückkehr in die Heimat über Jahre hinweg nicht gegeben ist. Die Flüchtlingspolitik der großen
 1876 Koalition enthielt einige wesentliche Fehler. Mit der unkontrollierten Zuwanderung hat die
 1877 Bundesregierung hunderttausende Flüchtlinge in das Land gelassen, ohne die damit
 1878 verbundenen Aufgaben lösen zu können. Wir brauchen klare Regeln für Einwanderung und
 1879 eine europäische Lösung für die Flüchtlingsproblematik. Dabei müssen wir dafür Sorge
 1880 tragen, dass eine unkontrollierte Einwanderung verhindert wird.

1881 **Probleme der Zuwanderung**

1882 **Zu wenig klare Benennung der mit dem Thema verbundenen Probleme seitens Politik**
 1883 **und Öffentlichkeit:** Vielmehr können wir Schweigen, Schönrederei, und Vertuschen von
 1884 Fakten und Zusammenhängen beobachten.

1885 **Zu seltene Berichterstattung über wichtige Fakten und Zusammenhänge** in den
 1886 einschlägigen Medien (Arte und Phönix bilden eine wohltuende Ausnahme)

1887 **Deshalb gibt es in der bundesrepublikanischen und in der Bremer Öffentlichkeit keinen**
 1888 **ausführlichen und qualitativ niveauvollen Diskurs** über dieses Thema. Es dominieren in
 1889 der Öffentlichkeit bisher die mehr idealistischen demokratisch-liberalen Orientierungen
 1890 einerseits, die Rechtskonservativen und die unsäglichen Hetz- und Hasskampagnen von
 1891 Netzusern andererseits.

1892 **Auf amtliche Prognosen zu Flüchtlingszahlen kann man sich nicht verlassen:** Seit 2017
 1893 sind die Flüchtlingszahlen zurückgegangen. Sie haben sich bei 15.000 pro Monat eingepegelt.
 1894 Pro Jahr sind das 180.000. Das ist die Einwohnerzahl einer mittleren Großstadt wie Oldenburg,
 1895 Osnabrück, Rostock, Kassel, Potsdam. Durch die illegalen Grenzübertritte sind diese Angaben
 1896 aber nicht zuverlässig. Bei der Bundespolizei werden bezüglich illegaler Grenzübertritte in
 1897 2017 50.000 angegeben. In Bezug auf legale Grenzübertritte lauteten die Prognosen für
 1898 Bremen für 2018 laut Sozial- und Innenbehörde: 1.500 Neuankömmlinge plus
 1899 Familiennachzug. Tatsächlich waren es 2.544 Personen. Das sind im Vergleich zur Prognose
 1900 85,6 % mehr Flüchtlinge. Es hat sich in 2018 eine neue Balkanroute zwischen Lesbos und
 1901 Sarajewo entwickelt, auf der laut Uno-Flüchtlingshilfswerk in 2018 20.000 Migranten Bosnien-
 1902 Herzegowina erreichten. Die Balkanländer werden wieder zu Transitländern. Ein jährlicher
 1903 Zuzug von ca. 180.000 Menschen nach Deutschland kann auf Dauer von der Deutschen
 1904 Bevölkerung nicht verkraftet werden. Überdies ist unklar, wie die Flüchtlingsentwicklung in den
 1905 nächsten Jahren sich entwickeln wird. Fluchtursachenbekämpfung ist zum Mantra der meisten
 1906 Parteien geworden. Bis auf diesem Gebiet allerdings etwas Entscheidendes erreicht wird,
 1907 werden noch Jahrzehnte vergehen. Deshalb geht es auch hier um eine klare Position in der
 1908 aktuellen Politik, wie wir sie im Abschnitt 3 formuliert haben. In der Bevölkerung in ganz
 1909 Deutschland gibt es auch **Unzufriedenheit über die Rückführungsbemühungen.** Von den
 1910 23.000 angekündigten Rückführungen werden nur rund 11.000 vollzogen. Rückführungen von
 1911 Menschen, die einen Arbeitsplatz haben oder in einem Ausbildungsverhältnis mit Aussicht auf
 1912 Übernahme in den Betrieb stehen, werden von Vielen in der Bevölkerung völlig zu Recht als
 1913 großer Fehler von Politik und Verwaltung angesehen.

1914 In Umfragen zeigen sich in der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren **immer mehr**
 1915 **Bedenken gegenüber dem Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen.** Viele Menschen sind
 1916 hin- und hergerissen zwischen ihren humanitären Haltungen und Ängsten. Ca. die Hälfte der
 1917 Bevölkerung spricht sich für eine Begrenzung der Zuwanderung aus. Andererseits sagt die
 1918 überwiegende Mehrheit der Befragten (laut einer Untersuchung im Auftrag von drei
 1919 internationalen Nichtregierungsorganisationen [https://mediendienst-
 1920 integration.de/artikel/ipsos-mori-ekd-bertelsmann-fes-einstellungen-fluechtlinge.html](https://mediendienst-integration.de/artikel/ipsos-mori-ekd-bertelsmann-fes-einstellungen-fluechtlinge.html), Zugriff
 1921 am 5.8.2018), dass Deutschland in der Pflicht sei, schutzbedürftige Menschen aufzunehmen.
 1922 Dreiviertel der Befragten haben Ängste in Bezug auf Flüchtlinge (Angst vor Verschärfung des
 1923 Rechtsradikalismus, Wohnungsnot, Ansteigen von Kriminalität, Bestimmung unseres Alltages
 1924 durch die muslimische Kultur). Rund **61% der Bevölkerung haben die beschriebene**
 1925 **ambivalente Haltung in der Flüchtlingsfrage.** Mit diesen Menschen aus der Mitte der
 1926 Gesellschaft möchten wir **FREIE WÄHLER Bremen in einen Dialog kommen.**

1927 Die Verunsicherung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung ergibt sich auch durch die
 1928 **schlechte Arbeit von wichtigen Institutionen und Organisationen,** die für die
 1929 Asylverfahren und die Integration der Flüchtlinge große Verantwortung tragen. Fundamentale
 1930 Engpässe gibt es bei zwei entscheidenden Integrationsfaktoren. Für die **Sprachkurse fehlen**
 1931 **gut ausgebildete Erwachsenenbildner*innen.** Die **Integration in den Arbeitsmarkt ist**
 1932 **bisher nur für ca. 25% der MigrantInnen** aus Syrien, Afghanistan und dem Irak gelungen

1933 (Aussage v. H. Brücker vom IAB [Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der
 1934 Nürnberger Bundesagentur für Arbeit] am 31.5.2018 im Deutschlandfunk). Die
 1935 **Arbeitslosenstatistik des IAB gibt keine klare Auskunft** über die Arbeitslosenzahl bei den
 1936 MigrantInnen. Der Weserkurier (WK) neigt bei diesem Thema zu einer **manipulativen**
 1937 **Berichterstattung**, weil er nur prozentuale Steigerungsraten bei den beschäftigten Migranten
 1938 angibt, aber er gibt keine absoluten Zahlen an und setzt deren Prozentwerte nicht miteinander
 1939 in Relation (im WK v. 30.11.2018 wird von einer 64% Steigerung bei den Beschäftigtenzahlen
 1940 bei Migranten im Jahresvergleich 2017/18 gesprochen, in Prozent ausgedrückt sind es 14,9%
 1941 der MigrantInnen in Bremen, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben).

1942 Über den **Zusammenhang von Islam und Gewalt** waren bisher in der Bundesrepublik im
 1943 Diskurs über dieses Thema die Muster Schönrednerie und Beschwichtigungsbemühungen zu
 1944 beobachten, aber keine klaren Auseinandersetzungen mit dem sehr pessimistischen
 1945 Menschenbild des Islams. Die Grundpositionen des herrschenden Islams, der die meisten
 1946 Flüchtlinge geprägt hat und wie sie im Koran, der Sunna, in den Hadiths und in der Scharia
 1947 festgehalten sind, sind kaum vereinbar mit unserer freiheitlichen Werteordnung und
 1948 Demokratie. Es gibt **fortschrittliche Kräfte im Islam**, die die Gewaltaspekte im Islam
 1949 ablehnen. Mit diesen wollen wir den **Dialog pflegen**.

1950 Auch muss man in Betracht ziehen, dass **der staatliche Aufwand für die Migranten*innen**
 1951 **bisher nicht wenig war**: z.B. hat der Bund zur Bewältigung des Flüchtlingsandrangs im Jahr
 1952 2016 21,7 Milliarden ausgegeben. Dazu kommen die Leistungen der Länder und der
 1953 Kommunen. Oft wird in der öffentlichen Diskussion und auch von Politikern die Meinung
 1954 geäußert, dass durch die Flüchtlingsbewegung der Bevölkerung keine finanziellen Nachteile
 1955 entstehen. Das mag bezogen auf Einkünfte und staatliche Transferleistungen richtig sein,
 1956 volkswirtschaftlich und auf den einzelnen Bürger heruntergebrochen sind solche Meinungen
 1957 natürlich Falschaussagen. Man braucht dazu nur die Verknappung der staatlichen Haushalte
 1958 für alle Ressorts, die öffentliche Aufgaben zu verantworten haben, anzusehen, wie eben die
 1959 hier aufgezählten Friktionen in den verschiedensten öffentlichen Bereichen. Privater Reichtum
 1960 und öffentliche Armut hieß es schon am Ende der 1980er Jahre, da hat sich nicht viel
 1961 verändert.

1962 **Moral und Hypermoral**: Die Flüchtlingsfrage bewegt die Emotionen der Menschen. Dabei
 1963 geht es auch um die moralischen Maßstäbe, die an Haltungen und Handlungen angelegt
 1964 werden. Der berühmte Soziologe Max Weber sprach von **Gesinnungs- und**
 1965 **Verantwortungsethik**. Gesinnungsethik ist, wenn nicht die Folgen meines Handelns
 1966 ausschlaggebend sind, sondern der gute Wille und das Gute an sich. Verantwortungsethisch
 1967 handeln heißt, die Folgen des eigenen Handelns mit zu bedenken. Denn es ist ethisch
 1968 fragwürdig, wenn man am Ende nur selbst gut sein will, obwohl die Folgen des Handelns den
 1969 Menschen schaden. In der Flüchtlingsfrage sind diese beiden Ethiken oft in den letzten Jahren
 1970 relevant geworden. Welches Handeln in diesem Bereich dem jeweiligen Pol zugeordnet
 1971 werden kann, ist nicht so einfach. Besonders deutlich sind diese beiden Pole in der Debatte
 1972 um den Artikel von Mariam Lau „oder soll man es lassen?“ in der ZEIT Nr. 29/2018 v. 12. Juli
 1973 2018 geworden. Wichtig ist dabei zu betonen, dass Frau Lau niemals davon gesprochen hat,
 1974 dass die Flüchtlinge, die zu ertrinken drohen, nicht gerettet werden sollen. Sie plädiert aber
 1975 dafür, dass die privaten Seenetretter auch die Folgen ihres Handelns mit überdenken müssen,
 1976 denn sie tun nicht nur Gutes, sondern arbeiten den Schleppern auch zu. Sie spricht von
 1977 „**moralischer Selbstüberhöhung**“, wenn die privaten Seenetretter sich mit den Fluchthelfern
 1978 der DDR oder gar mit denen vergleichen, die im zweiten Weltkrieg Juden gerettet haben. Es
 1979 geht ihr um ein besseres und schnelleres Aussuchen derjenigen Wirtschaftsflüchtlinge, die
 1980 nach Europa kommen können. Am Ende ihres Artikels gibt sie zu bedenken: Wer jede
 1981 Sicherung der europäischen Grenzen mit dem Hinweis auf Menschenrechte ablehnt, spielt
 1982 denen in die Hände, die am Schluss keinerlei Asylrecht mehr wollen. J. Fleischhauer sprach
 1983 von einer Art „**Hypermoral**“ bei den Kritikern des Mau-Artikels „also (Hypermoral ist, FW
 1984 Bremen)der Versuch, alles zu einer Entscheidung über Humanität oder Barbarei zu erklären.“
 1985 (ebenda). D.h. wer für eine Begrenzung der Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen eintritt und

1986 sich nicht schuldig fühlt am schlechten ökonomischen Zustand von Afrika und dem vorderen
 1987 Orient, der die Menschen zur Flucht treibt, ist ein Barbar. So einfach ist es eben nicht, siehe
 1988 Verantwortungsethik und Gesinnungsethik.

1989 **Forderungen der FREIEN WÄHLER Bremen**

- 1990 • Sicherung des Grenzschatzes an den Europäischen Außengrenzen.
- 1991 • Ausreichende Finanzierung der Deutschkurse für die MigrantInnen.
- 1992 • Gewalt im Islam darf kein Tabuthema sein.
- 1993 • Beendigung der Verschleierungsversuche in der Arbeitslosenstatistik.
- 1994 • Schnelle Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes. Das Recht auf Asyl darf in
 1995 keinem Fall beschnitten werden.
- 1996 • Schnellerer Abschluss von Asylverfahren.
- 1997 • Neben einem schnelleren Abschluss der Asylverfahren ist ebenso die rasche
 1998 Rückführung abgelehnter Asylbewerber erforderlich. Deshalb muss auch die
 1999 Aufnahmebereitschaft sicherer Herkunftsländer gewährleistet werden. Dafür ist eine
 2000 Intensivierung der Anstrengungen zur Erreichung von Rückführungsabkommen mit
 2001 weiteren Ländern Afrikas und Asiens notwendig.
- 2002 • Einrichtung von UN-Schutzzonen in Krisengebieten. Wir wollen uns auf
 2003 internationaler Ebene für die von Experten geforderte Einrichtung von UN-
 2004 Schutzzonen stark machen. Unter Führung der Vereinten Nationen muss die
 2005 internationale Staatengemeinschaft in Krisengebieten künftig rasch geeignete
 2006 Landstriche sichern, um den fliehenden Menschen vor Ort Sicherheit und eine
 2007 Grundversorgung zu geben. Damit bleibt ihnen die lebensgefährliche Weiterflucht in
 2008 Richtung Europa erspart.
- 2009 • Volle Kostenübernahme der Integrationspolitik durch den Bund. Wir wollen, dass die
 2010 Bundesebene vollumfänglich für die Kosten der Integration der Flüchtlinge
 2011 aufkommt. Zahlreiche Kommunen in Deutschland sind ohnehin in finanzieller Not
 2012 und dürfen nicht für das Chaos und Versagen auf der Bundesebene zur Kasse
 2013 gebeten werden. Sie müssen ihre Aufgaben für ihre Bürger weiterhin wahrnehmen
 2014 können.
- 2015 • Integration durch Fordern und Fördern. Diejenigen Zugewanderten, die bei uns
 2016 bleiben werden, sollen so gut wie möglich Integrationschancen in unsere offene
 2017 Gesellschaft erhalten. Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt,
 2018 müssen wir die Zuwanderer fördern, aber auch ihre Bereitwilligkeit zur Integration
 2019 einfordern. Der Erwerb der Sprache, die Bereitschaft sich für unseren Arbeitsmarkt
 2020 nach zu qualifizieren, aber auch unsere liberale Gesellschaftsordnung
 2021 anzuerkennen, gehören unweigerlich dazu.
- 2022 • Gerechtigkeit bei den Gesundheitskosten für Asylbewerber. Wir wollen nicht, dass
 2023 der Staat die Beiträge der gesetzlich Versicherten für die Finanzierung der
 2024 Gesundheitskosten der Asylbewerber heranzieht. Momentan zahlt der Staat eine
 2025 ungenügende Pauschale von 90 Euro an den Gesundheitsfonds für jeden

2026 Asylbewerber ohne Arbeitsplatz. Alle weiteren Kosten werden auf die gesetzlich
 2027 Versicherten umgelegt. Wir wollen, dass diese Ungerechtigkeit zeitnah beendet wird
 2028 und die Gesundheitskosten voll und ausschließlich vom Staat und nicht von den
 2029 allgemeinen gesetzlichen Krankenkassen zu finanzieren sind.

2030 **Nachverhandlungen zum Uno-Migrationspakt**

2031 Die Position der FREIEN WÄHLER zum UN-Migrationspakt ist auf dem Europaparteitag der
 2032 FW in Koblenz wie folgt formuliert worden. Es geht im Wesentlichen um die Forderung nach
 2033 einer Nachbesserung des Paktes, nicht um seine Verhinderung. Die Landesvereinigung der
 2034 FREIEN WÄHLER BREMEN schließt sich dem Beschluss der Bundesvereinigung auf dem
 2035 Europaparteitag an.

2036 Auf ihrem Europaparteitag im kurfürstlichen Schloss zu Koblenz haben die Delegierten
 2037 einstimmig den Leitantrag zu Nachbesserungen des Globalen Migrationspakts beschlossen.
 2038 Die FREIEN WÄHLER haben die Bundesregierung aufgefordert, den „Globalen Pakt für eine
 2039 sichere, geordnete und reguläre Migration“ **vorerst nicht anzunehmen, sondern sich**
 2040 **stattdessen für eine Nachverhandlung dieses Paktes einzusetzen.**

2041 Der Migrationspakt beinhaltet Maßnahmen, um legale Migrationsmechanismen, insbesondere
 2042 für qualifizierte Arbeitskräfte, zu erleichtern und die Rechte der Migranten zu stärken (z.B.
 2043 durch Sicherstellung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, kein Entzug von Pässen
 2044 etc.). Dass die UN das Ziel verfolgt, weltweit einheitliche Regeln für Migration zu schaffen, ist
 2045 vernünftig und muss weiter vorangetrieben werden. Der vorliegende Beschlusstext enthält
 2046 jedoch einige Passagen, welche einen zu großen Interpretationsspielraum offenlassen.

2047 Besonders der Unterpunkt "Unsere Vision und Leitprinzipien" definiert weitreichende
 2048 Eigenschaften der globalen Migration ohne diese mit fundierten Nachweisen zu unterlegen.
 2049 Besonders das darin enthaltene „Anerkenntnis“ wird von vielen Volkswirtschaften der Erde,
 2050 neben den Vereinigten Staaten von Amerika und auch Österreich, das derzeit den EU-
 2051 Ratsvorsitz innehat und auch von Israel und der Schweiz kritisiert.

2052 Die häufig angeführte Argumentation, dass dieser Pakt einen „rechtlich nicht bindenden
 2053 Kooperationsrahmen darstellt“ und somit auch keine völkerrechtliche Bindung entfalte, wurde
 2054 von den Delegierten zurückgewiesen.

2055 Vorderstes Ziel muss es daher sein, mit allen Nationen nochmal an den Verhandlungstisch
 2056 zurückzukehren und den Pakt neu zu verhandeln. Alles andere wird der Bedeutung und
 2057 Tragweite des eigentlich notwendigen Vorhabens, nämlich weltweite Regeln für Migration
 2058 aufzustellen, nicht gerecht.

2059 Der Experte für Völkerrecht Schorkopf gab ein Interview im Spiegel Nr. 49/ 1.12.2018, S. 44-
 2060 45, wo er „erklärt, wie eine formal nicht bindende Vereinbarung den **Spielraum von Politikern**
 2061 **und Richtern beschneiden kann.**“

2062 **Zur Flüchtlings- und Migrationspolitik in Bremen**

2063 Wie in den anderen Abschnitten in unserem Wahlprogramm ausgeführt wurde, fehlen in allen
 2064 öffentlichen Bereichen Personal und Sachmittel. Eine weitere Aufnahme von
 2065 Wirtschaftsflüchtlings in den kommenden Jahren muss deshalb **behutsam und mit**
 2066 **Augenmaß** angegangen werden. Nur in Kombination mit einem Einwanderungsgesetz auf
 2067 Bundesebene ist eine Immigration von Menschen aus dem nahen Osten, Afrika und anderen
 2068 Ländern der Erde sinnvoll durchzuführen. **Die FREIEN WÄHLER BREMEN schließen sich**
 2069 **dem Aufruf zu einer solidarischen Stadt an**, die die GEW Bremen zum 14.11.2018
 2070 organisiert hat. Wir stehen zu den Werten von Toleranz und Solidarität in unserer
 2071 Gesellschaft. Wir dulden keinen Antisemitismus und keine Fremdenfeindlichkeit. Wir suchen
 2072 den Dialog mit den fortschrittlichen Kräften im Islam.

2073 **HAUSHALT UND FINANZEN**2074 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2025:**

- 2075 • **Schonungslose Bestandsanalyse der gesamten Mittelverwendung in der**
2076 **aktuellen Haushalts- und Mittelfristplanung und Umschichtung der Mittel**
2077 **anhand folgender Prioritäten**
- 2078 ○ **Schluss mit der Versorgung von Parteifunktionären in der öffentlichen**
2079 **Verwaltung, in den Anstalten des öffentlichen Rechts sowie in von**
2080 **öffentlichen Geldern abhängigen sozialen Trägern**
- 2081 ○ **Aufbau einer leistungsorientierten, effektiven Verwaltung, die den**
2082 **Bürgern in Bremen und Bremerhaven dient**
- 2083 ○ **Umfassende Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive**
2084 **mit dem Ziel einer Hilfe zur Selbsthilfe für die Menschen in unserer**
2085 **Stadt und dem Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und zur**
2086 **wertschätzenden Aktivierung von Transferempfängern**
- 2087 ○ **Abbau des Sanierungsstaus in der öffentlichen Infrastruktur**
2088
- 2089 • **Schonungslose Bestandsaufnahme des Sanierungsstaus in der**
2090 **öffentlichen Infrastruktur insbesondere im Verkehrswesen und**
2091 **Bildungsbereich**
- 2092 • **Strukturierte Finanzplanung unter besonderer Prioritätensetzung für die**
2093 **Schulsanierung und die Instandsetzung vordringlicher Projekte**
- 2094 • **Keine Neu-Verschuldung**
2095
- 2096 • **Langfristiger Erhalt der Selbständigkeit Bremens**
2097
- 2098
- 2099
- 2100
- 2101
- 2102
- 2103

2104 Bremen ist aktuell ein Haushaltsnotlageland. Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-
2105 Finanzbeziehungen ab 2020 tritt endgültig auch in Bremen die sog. „Schuldenbremse“ ein.
2106 Das heißt, ab 2020 erhält Bremen zwar leicht erhöhte finanzielle Ausgleichszahlungen im
2107 Bund-Länder-Finanzausgleich, wird aber gleichzeitig auch zur verbindlichen Schuldentilgung
2108 verpflichtet und darf keine neuen Kredite aufnehmen. Die aktuellen Regierungsparteien feiern
2109 die Neuordnung der Finanzbeziehungen als großen Erfolg, weil –nach deren Angaben – ca.
2110 487 Millionen Euro an Haushaltsmitteln mehr zur Verfügung stünden.

2111 Fakt ist, dass Bremen bei einem Haushalt von ca. 5 Mrd. Euro derzeit nicht in der Lage war
2112 und ist, seine Infrastruktur ausreichend instand zu halten oder gar Rücklagen für Zeiten eines
2113 wirtschaftlichen Abschwungs zu bilden. Ein Ehrgeiz den Status eines Haushaltsnotlagelandes
2114 abzulegen, ist zumindest bei den Regierungsparteien nicht erkennbar. Vielmehr wurden
2115 bereits diverse Weichenstellungen vorgenommen, die auch bei einer – sich andeutenden –
2116 Wahlniederlage haushalterische Schwerpunkte setzen. Die Erfüllung der bereits getätigten
2117 weiteren Versprechen und Zielsetzungen wie ein kostenloser ÖPNV, die Erhöhung des

2118 Landes-Mindestlohnes oder die begründete Abschaffung der Kindergartengebühren bei
2119 gleichzeitigem Erfordernis einer deutlichen Qualitätssteigerung und Senkung des
2120 Betreuungsschlüssels werden von den begrenzten Haushaltsmitteln nicht möglich sein.

2121 Es braucht eine umfassende Bestandsanalyse der gesamten Haushaltsaufstellung und eine
2122 neue Prioritätensetzung. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen umfassenden Umbau der
2123 Verwaltung ein. Statt des jahrzehntelangen Versorgens altgedienter Parteifunktionäre und
2124 aufstrebender Nachwuchs-Politiker muss die Verwaltung von Spezialisten in den jeweiligen
2125 Fachbereichen besetzt werden. Dies wird nicht von heute auf morgen gelingen. Es muss
2126 jedoch endlich der Einstieg in den Umstieg gelingen. Einen Umstieg auf eine unabhängige,
2127 effektive und leistungsorientierte Verwaltung. Es muss förmlich ein Ruck durch Bremens
2128 Verwaltung gehen, dass endlich der „Filz“ aufhört und sach- und fachgerechte Entscheidungen
2129 in allen Verwaltungsbereichen getroffen und die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

2130 Die größten Herausforderungen in Bremen bestehen darin, mehr Menschen in Lohn und Brot
2131 und aus der sozialen Abspaltung zu bekommen sowie in der Sanierung der öffentlichen
2132 Infrastruktur. Für den Abbau der Arbeitslosigkeit, der Armutsbedrohung und der Kinderarmut
2133 braucht es ein klares Konzept für Bildung, Ausbildung und Qualifizierung. Wir FREIE WÄHLER
2134 wollen allen Menschen die Möglichkeit geben, das Beste aus ihren jeweiligen Möglichkeiten
2135 zu machen und dabei behilflich sein, ihren Platz im Leben zu finden. Hierzu braucht es
2136 leistungsorientierte Bildungseinrichtungen und die Mitwirkung der Kinder und Eltern. Für
2137 diejenigen, die unter dem jahrelangen Abstieg des Bildungswesens teilweise lebenslänglich
2138 leiden, müssen Nachqualifizierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, aber auch
2139 eingefordert werden. Die Unternehmen und Berufsverbände können hier einen wirksamen
2140 Beitrag leisten und mit anpacken, dass Bremen aus der Spirale einer sozialen Segregation
2141 herauskommt.

2142 Schließlich muss eine schonungslose und offene Bestandsaufnahme des Sanierungsstaus in
2143 sämtlichen öffentlichen Bereichen erfolgen.

2144 Nach Auffassung der FREIEN WÄHLER LV Bremen ist die Neuordnung der Bund-Länder-
2145 Finanzbeziehungen in erster Linie ein Auftrag für hartes Arbeiten am Erhalt der Selbständigkeit
2146 Bremens. Nur wenn wir dem Bund und den anderen Geber-Ländern vermitteln können, dass
2147 wir mit unseren selbst erwirtschafteten Mitteln und den Zuwendungen Dritter vollumfänglich
2148 sinnvoll, sach- und fachgerecht umgehen, hat die Selbständigkeit Bremens eine langfristige
2149 Berechtigung. Hierzu muss der gesamte Haushalt durchforstet werden, um Unwesentliches
2150 und „Tinnef“ zu streichen, sinnvolle Umwidmungen vorzunehmen und an geeigneter Stelle
2151 Bundes- und EU-Mittel einzuwerben.

2152 Wir FREIE WÄHLER werden unseren konstruktiven Beitrag für den Erhalt der
2153 Selbstständigkeit Bremens leisten und unseren gesunden Menschenverstand zum Wohle der
2154 Menschen in Bremen und Bremerhaven einsetzen.